

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Gesch.-Konto Hannover Nr. 576 13  
Giro-Konto Bank der Arbeiter und  
Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65

Der Abonnementspreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen vierteljährlich 2,25 RM.  
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pfg.



Verantwortlich für den Inhalt: Helmut Amberg, Essen. Druck: H. Handmann & Co., Bochum  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wiemelhauser Straße 38-42

Telefon-Nummern: 4800, 4301  
Telegramm: Altverband Bochum

# Für vernünftige Bergbauwirtschaft.

In den Tagen vom 15. bis 17. April d. J. fand im Landtagsgebäude in Berlin die Reichskonferenz unseres Verbandes statt. Kamerad Gusemann eröffnete die Verhandlungen mit dem Hinweis auf die besondere Bedeutung, die sie erhalten durch die Beschäftigung mit den Wirtschaftsfragen und den Fragen der Grubensicherheit. Nach einer herzlichen Ehrung der zahlreich im Bergbau Verunglückten und des verstorbenen Reichspräsidenten nahm Gusemann das Wort zu seinem Vortrag über:

## Die wirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung des Bergbaues.

Die Hoffnung, daß nach Annahme der Londoner Gesetze eine allmähliche Besserung der Wirtschaft in Deutschland und der Beziehungen zu anderen Ländern kommen werde, hat sich vorläufig erfüllt, aber es haben sich für einzelne Industrien Rückschläge eingestellt, so ganz besonders für den Bergbau. Eine Zeit lang hatte der deutsche Bergbau gute Produktion und guten Absatz, aber unter den verschiedenartigsten Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft leidet der Bergbau gegenwärtig am meisten. Früher war der Geschäftsgang im Bergbau und der Eisen- und Stahlindustrie ziemlich gleich, heute ist das nicht mehr der Fall. Während der Bergbau von einer ungeheuren Krise heimgejagt wird, ist die Eisen- und Stättenindustrie meist gut beschäftigt. Es ist viel leichter, Wirtschafts- und Handelsfäden zwischen den einzelnen Völkern zu zerreißen, als sie wieder anzuknüpfen. Der Krieg, die Nachkriegszeit, der Ruhrkampf und seine Folgen haben die deutsche Wirtschaft völlig isoliert und die Wiederherstellung alter Beziehungen sehr erschwert. Wie ganz allgemein, so wird es besonders auch für den Bergbau unmöglich sein, alle früheren Absatzmärkte wieder zu gewinnen, weil diese Märkte von anderen Ländern erobert wurden oder die betreffenden Länder sich eine eigene Produktion geschaffen haben.

Das Jahr 1924 ließ die Weltkohlenproduktion von großen Arbeitskämpfen ziemlich unbeeinflusst, abgesehen von den deutschen Kämpfen im Mai und Juni. 1921 wurde die englische Kohlenproduktion durch den großen Streik um 55 Millionen Tonnen heruntergedrückt, 1922 brachte der amerikanische Streik einen ebenso großen Ausfall und 1923 hatte der Ruhrkampf einen Ausfall von 60-70 Mill. To. im Gefolge. In der

### Gesamtkohlenproduktion der Welt

ist eine große Minderung nicht eingetreten. Amerika steigerte seine Förderung 1920 um ein Fünftel gegen das Vorjahr, um etwa 100 Mill. To. England hatte 1923: 280,4, 1924: 274,9 Mill. To. Förderung. Deutschland förderte 1924: 118 Mill. To. Steinkohle gegen 62,02 im Vorjahre (Ruhrkampf), 124 Mill. To. Braunkohle gegen 118 Mill. To. im Vorjahre. Frankreich steigerte seine Förderung von 38,5 Mill. To. in 1923 auf 45 Mill. To. in 1924 und förderte damit mehr als vor dem Kriege. Der Saarbergbau förderte 14 Mill. To. gegen 13,2 Mill. To. im Vorjahre; Belgien 23,4 Mill. To. gegen 22,9 Mill. To. im Vorjahre. Die Tschechoslowakei förderte 14,4 Mill. To. Steinkohle (12,3) und 20,4 Mill. To. Braunkohle (16,3). Für Rußland wird eine Förderung von 13,7 Mill. To. gegen 11,9 in 1923 angegeben. Der englische Bergbau hatte 1923 die Möglichkeit, infolge des Ruhrkampfes und der dadurch fehlenden Reparationskohle seine Ausfuhr erheblich zu steigern. 1924 zeigte ein erheblicher Rückgang dieser Ausfuhr ein. Wenn wir hören, daß

### In England 351 Gruben mit 70000 Mann stillgelegt

worden sind, so dürfte es sich dort zu einem erheblichen Teil auch um Betriebe handeln, die nur in der Hochkonjunktur lebend waren.

Deutschland war in den letzten Jahren vom Weltkohlenmarkt fast völlig ausgegliedert. Das wird sich auch nur ändern, wenn es gute Kohlen zu Konkurrenzpreisen liefern kann. In der Preisfrage ist die

### Frachtenpolitik der Deutschen Reichsbahn

wesentlich mit entscheidend. Wenn man die Preisveränderungen in den verschiedenen Kohlenländern vergleicht, so ergibt sich ein sehr interessantes Bild. In Deutschland kostete Förderkohle vor dem Kriege 2,86 Dollar, sie stieg bis Januar 1924 auf 4,94 Dollar und ging dann bis zum Dezember auf 3,57 Dollar zurück. In England stand der Kohlenpreis vor dem Kriege auf 2,62, stieg bis zum April 1924 auf 4,89 Dollar und sank bis zum Dezember auf 3,58 Dollar. Demgegenüber standen belgische und französische Kohlen ziemlich hoch. Frankreich verzeichnet 3,95 Dollar in 1914, 5,14 im April 1924 und 4,55 im Dezember 1924. Belgien hatte einen Preis von 3,66 Dollar im Frieden, 5,27 im August und 5,22 im Dezember 1924. In Amerika war die Steigerung des Kohlenpreises demgegenüber mäßig: 1,30 Dollar in 1914, 1,87 im Januar 1924 und 1,69 Dollar im März 1924. Wenn der Transportweg für amerikanische Kohle nicht so weit und teuer wäre, so würde diese Kohle der europäischen heftige Konkurrenz machen. In geringem Umfang hat sie auch heute schon englische Kohle aus Frankreich, Italien und der Schweiz verdrängt.

### Auf dem europäischen Markte

tritt besonders der Kampf zwischen englischer und deutscher Kohle in Erscheinung. Hier ist die Tarifpolitik der Deutschen Reichsbahn verhängnisvoll für die deutsche Kohle. Diese kostet ab Werk nicht mehr als englische Kohle, etwa 15 Mk. In Hamburg kommt aber englische Kohle mit 21,60 Mk. auf den Markt, während Ruhrkohle 26,90 Mk. kostet. Die Fracht für diese Ruhrkohle beträgt heute aber auch 11,90 Mk., während sie im Frieden nur 5,60 Mk. betrug.

### Aber die höhere Fracht verschuldet die Konkurrenzunfähigkeit.

In Rücksicht auf diese Verhältnisse, ebenso in Rücksicht auf das niederschlesische Kohlengebiet und die Erzindustrie hat unser Verband sich deshalb seit langem energisch für andere Frachtenpolitik

## Der Feiertag der Nationen.

von Victor Kalinowski.

*Binaus ins Licht! Binaus ins Freie!  
Die Berche jauchzt im grünen Hag!  
Zum Freiheitsfest, zur Bruderweihe  
ruft euch der erste Maientag!  
Strömt, erdenbrüderlich umschlungen,  
ins maibeflammte Morgenrot  
aus euren dunklen Niederungen  
der dumpfen Fron, der dumpfen Not!*

*Millionen, die im Schatten leben,  
sind Träger herrlichster Idee.  
Der Welt ein neues Antlitz geben  
will ihre stürmende Armee.  
Sie bringt den Völkern Glück und Frieden,  
den Unterdrückten Brot und Recht,  
der Freiheit baut sie Pyramiden  
und formt ein freies Menschengeschlecht.*

*Kein Krieg mehr wird die Menschen morden,  
kein Haß mehr rast im Amoklauf,  
kein Vorrecht mehr, kein Thron, kein Orden  
hebt herrschgewohnt die Gleichheit auf.  
Die Arbeit wird den Sinn beglücken,  
wenn sie kein hartes Muß mehr zwingt,  
und jeder wird die Früchte pflücken,  
die er durch seinen Fleiß erringt.*

*So strömt, ihr darbenenden Millionen,  
aus dem Verhau der Müh und Fron  
zum Feiertag der Nationen,  
zum Fest der Menschheitsnation!  
Licht flutet in die Niederungen,  
die Berche jauchzt im grünen Hag!  
Den Blick empor! Das Herz geschwungen!  
Die Arbeit grüßt den Maientag!*

der Deutschen Reichsbahn eingeseht. In das Ems-, Weser- und Elbe-Gebiet gingen 1913: 6,5 Mill. To., 1924 nur 1,2 Mill. To. Ruhrkohle.

Vor dem Ruhrkampf wurden ungeheure Mengen Ruhrkohle als Reparationskohle geliefert, heute ist diese Menge wesentlich zurückgegangen. Manche Absatzgebiete gingen verloren und viele Industrien stellten sich auf Braunkohle um. Braunkohlenbriketts werden jetzt sogar im Ruhrgebiet in beträchtlichem Umfange gebraucht. Niederschlesien und Sachsen werden von oberchlesischer Kohle hart bedrängt.

### Niederschlesien steht geradezu vor einer Katastrophe.

Die Bevölkerung verhungert fast bei ihrer Arbeit und die Bergbauindustrie erklärt, daß sie die notwendigen Lohnerhöhungen, ja sogar die Knappschaftsbeiträge nicht einmal zahlen kann. Die oberchlesische Kohle geht bis Süddeutschland, wo auch die Saarkohle der Ruhrkohle Konkurrenz macht.

### Ein wahrnehmbarer Konkurrenzkampf

ist die Folge. Die Nichtpreise werden ungläublich unterboten, besonders Gemüthspreise werden durch Syndikatsangehörige unterboten.

licht. Infolge dieser Verhältnisse gehen wir im letzten Jahre in vielen Kohlenländern einen starken Niedergang der Produktion, Stilllegungen und Arbeiterentlassungen. Einen so ungeheuren Geldbestand wie heute, der einer Monatsförderung gleichkommt, haben wir an der Ruhr noch nie gehabt. Die Ursache des Niederganges ist ein wesentlicher Minderverbrauch an Kohle. 1913 hatte Deutschland in seinem jetzigen Gebietsumfang einen Kohlenverbrauch von 156 Mill. To. (alles auf Steinkohle umgerechnet); 1924 einen solchen von 134 Mill. To., allein das Ruhrgebiet hätte 1924 bei geordneter Produktion, bei geordnetem Transport 20-25 Mill. To. mehr Kohle liefern können. Der Minderverbrauch wurde verschärft durch Erfolge der Wä r e t e c h n i k, Verwendung von Staubkohlen, Errichtung großer Kraftwerke mit Fernleitungen, Ausbau der Wasserkräfte usw. Es dürfte für die nächste Zeit nicht damit zu rechnen sein, daß unsere ganze deutsche Kohlenproduktion in der deutschen Wirtschaft verbraucht werden kann. Ein kleiner Lichtblick scheint die Verflüssigung der Kohle zu sein. Wie die praktischen Versuche in Mannheim ergeben haben, erzielt man aus 100 To. niederschlesischer Kohle 45 To. Del und behält nur 25 Prozent Rückstände. Es ist zu wünschen, daß diese Verfahren sich in größerem Umfange praktisch auswerten lassen, das würde manchem armen Kohlenrevier helfen und Deutschland unabhängiger von der Deleinfuhr machen.

Aber das hilft natürlich über die Schwierigkeiten in der nächsten Zukunft nicht hinweg.

### Scharfe Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern

sind voranzugehen und auch im Unternehmerlager gibt es die verschiedensten Differenzen, deren Ueberbrückung nicht gelingen will, wie die schwierigen Verhandlungen um die Neubildung des Syndikats an der Ruhr zeigen. Ob dort eine Einigung möglich sein wird, erscheint neuerdings wieder sehr zweifelhaft.

Wir haben uns beim Reichswirtschaftsminister und an den zuständigen Stellen mit Schärfe dafür eingesetzt, daß alles geschehen muß, um einen syndikatlosen Zustand an der Ruhr zu verhüten. Was ein solcher Zustand bedeuten würde, geht hervor aus einer Mitteilung des Direktors Winkhaus während der Berliner Verhandlungen, wonach dann ein Konkurrenzkampf einsehen würde, dessen Folge die Entlassung von 140- bis 150 000 Bergarbeitern wäre. Das wäre natürlich völlig untraglich.

### Untragbar ist aber auch der heutige Zustand,

wo auf den Güttengraben Ueberbrückungen wie verfahren werden und nebenan liegende Bechen ein und zwei Schichten in der Woche feiern müssen. Und was nützt ein hoch scheinender Nominallohn, wenn keine regelmäßige Arbeit vorhanden ist? Es muß vom Reichswirtschaftsminister verlangt werden, daß auf irgend eine Weise eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung aller Bechen erreicht wird. Aber wenn es selbst in dieser Frage gelingt, die Verhältnisse einigermaßen erträglich zu gestalten, so bleibt immer noch die Frage der Qualität und des Preises. Die Bechen, die ihre Tagesanlagen gut ausgebaut haben, die deshalb eine möglichst gleichmäßige und gute Kohle liefern können, werden immer ein Stück im voraus haben. Die Gefahr der Stilllegung besteht an der Ruhr nicht etwa nur für die südlichen Bechen, sondern auch für Gruben, die mitten im Ruhrgebiet liegen. An der Ruhr kennen wir die Quotenübertragung nicht, wie wir sie im Kaliberbergbau haben, sondern ein Verschieben der Produktion von einer Beche eines Konzerns auf eine mehr rentable Grube desselben Konzerns. Wir brauchen gesetzgeberische Maßnahmen, durch welche ähnlich wie im Kaliberbergbau die Arbeiter geschützt werden. In dem Entwurf zum neuen Syndikatsvertrag war eine Entschädigung der Werke vorgesehen. Eine solche Entschädigungspflicht gegenüber den Arbeitern würde mißbräuchlichen Stilllegungen entgegenwirken und die vorausschauende Umfiedlung der Verwalter, die Schaffung von Wohnungsverhältnissen fördern.

Ähnliche Schwierigkeiten gehen wir auch bei den Syndikatsbildungen in Mitteldeutschland, Sachsen und Niederschlesien.

Im Kaliberbergbau sind von 221 Kaliberschächten 75 im Betrieb, 30- bis 35 000 Arbeiter find abgelegt, die Produktion im 1. Vierteljahr 1925 betrug aber 4,9 Mill. To. gegen 2,2 Mill. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Erzbergbau sind viele Betriebe eingeschränkt oder stillgelegt, die Arbeiterzahl ist erheblich zurückgegangen und es geht nur langsam wieder vorwärts. Wie die

### Zukunft des deutschen Bergbaues

sich gestalten wird, hängt wesentlich von der Art der Wirtschaftspolitik ab, die wir treiben. Die Unternehmer er halten eine Gefundung nur für möglich bei verlängerter Arbeitszeit, bei Abbau der Steuern und der sozialen Lasten. Wir glauben, daß gerade das Gegenteil richtig ist. Allerdings haben die Unternehmer heute bei den Regierungsstellen stärkeren Einfluß als früher. Berechtigte Schiedsprüche werden nicht für verbindlich erklärt oder für verbindlich erklärte Schiedsprüche werden von den Unternehmern nicht durchgeführt. Die Unternehmer reden auch davon, daß der Bergbau wieder rentabel gemacht werden müsse, um die Neubildung von Kapital zu ermöglichen. Die Neubildung von Kapital ist aber ein notwendiges Mittel zur Überwindung der Krise.

durch die Sachleistungen, durch die Verzinsung von Auslandskapital, aber trotz aller Schwierigkeiten kann und darf nicht alles auf die Arbeiter abgewälzt werden. Einzelne Stimmen aus dem Unternehmerlager wenden sich auch schon heute dagegen, höhere Löhne durch neue Preiserhöhungen herauszuholen, sie weisen darauf hin, wie notwendig technische Neuorganisation ist. Ich glaube, die Unternehmer drehen sich im Kreise und merken es nicht. So wollen sie z. B. an sozialer Belastung sparen durch die Nichtwiedereinführung der Familienbeihilfe in den Knappschaftskassen. Leider scheint man auch im Reichsarbeitsministerium zu glauben, diese Wiedereinführung sei nur möglich, wenn man von den Pensionen der Knappschaftsinvaliden etwas wegnähme, um damit die Familienbeihilfe wieder geben zu können.

**Gegen solche Veruche**

**müssen wir uns auf das Schürste zur Wehr legen,**

wir können uns höchstens bereit erklären, Unebenheiten des Gesetzes auszugleichen, wo das ohne Schaden für die Arbeiter geschehen kann. Der heutige Zustand ist unerträglich. Die Bergleute sind nicht in der Lage, ärztliche Hilfe für ihre Familienangehörigen zu bezahlen. In schlimmen Fällen leisten die Ärzte oft unentgeltlich Beistand, sonst sind die Familien auf die Wohlthaten der Gemeinde angewiesen, die nur kärglich einspringt und deren Kosten doch wieder aus Steuermitteln getragen werden müssen.

Es muß außerordentlich bedauert werden, daß vom Reichsarbeitsministerium nicht energisch eingegriffen wird, um diese schreienden Mißstände zu beseitigen.

Ein Ueberblick über die gesamte Bergbauwirtschaft zeigt uns, daß die

**Gegensätze in der privatkapitalistischen Wirtschaft**

schärfer und schärfer werden, daß dieses System unfähig ist, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die es selbst schafft. Wenn die Arbeiterklasse stärker wäre, könnte sie der notwendigen Umformung der Wirtschaft viel stärkeren Anstoß geben. Der Druck der Unternehmer auf die Wirtschaftsentwicklung, auf die Parlamente, die Regierung, unterstützt durch ein Heer von Zeitungen, das wenigen Unternehmern gehört, muß gebrochen werden durch den Gegendruck der Arbeiterklasse. Dieser Gegendruck ist heute noch nicht wieder stark genug. Viele Arbeiter haben den Glauben an ihre eigene Kraft noch nicht wiedergewonnen, viele stehen beiseite, weil sie glauben, auch so von den Erfolgen der Organisation profitieren zu können. Wir aber jagen ihnen: Ihr dürft nicht hoffnungslos sein.

**Ihr müßt glauben an eure Kraft!**

Das soll nicht heißen, daß wir in Kraftmeiertum machen wollen wie die Kommunisten, sondern wir wollen den Arbeitern die tatsächlichen Verhältnisse darlegen und diese Tatsachen reden eine so deutliche Sprache, daß jeder Arbeiter vernünftig werden möchte.

Unausbleiblichen Umsichtigungen in der Wirtschaft widerlegen wir uns nicht, aber sie müssen vorausschauend gefördert werden, mindestens unter Schadenshaltung der Arbeiterschaft, und nicht im Interesse privatkapitalistischer Cliquen.

Wenn die Kohlenberge sich weiter häufen, muß die Frage aufgeworfen werden,

**ob die Arbeitszeit in der heutigen Form weiter tragbar ist.**

Das wilde Uebersichtenwesen muß auch unter allen Umständen verhindert werden, einmal durch den Appell an die Vernunft der Arbeiter, dann aber auch durch den energischen Appell an die Behörden, diese Geschwindigkeiten zu unterbinden. Diese Uebersichten sind gewiß aus der Not geboren, ebenso wie das Ueberhandnehmen vieler unnötigen Existenzen im Handel. Aber trotzdem müssen sie beseitigt und

**dann muß die Ueberarbeit schrittweise abgebaut werden.**

Unser Ziel muß sein, die tarifliche Arbeitszeit von 8 Stunden über Tage und 7 Stunden unter Tage sobald wie möglich zu erreichen. Wir sehen dazu keine Frist von acht Tagen oder vier Wochen, wie die Kommunisten, weil wir wissen, daß jede Entwicklung ihre Zeit haben muß, auch die Rückkehr zur alten Arbeitszeit. In der Lohnfrage müssen wir einen Zustand erreichen, der dem Bergmann einen für seine Familie ausreichenden Lohn sichert, auch dann, wenn er nicht voll arbeiten kann. Wir brauchen nicht nur Kapitalneubildung bei den Kapitalisten, sondern wir brauchen

**Stärkung des inneren Marktes durch höhere Löhne,**

die Arbeiter müssen nicht nur leben, sondern sie müssen auch einmal wieder sparen können. Auch das bedeutet eine gesunde Belebung unserer wirtschaftlichen Entwicklung.

Trotz aller Schwierigkeiten müssen wir unsere ganze Kraft einsetzen für die Organisation, die in entscheidenden Momenten ja doch von allen Unorganisierten, Syndikalisten und Kommunisten, als der ausschlaggebende Faktor betrachtet wird. Dann werden wir dem Druck von drüben und von hier genügend entgegenstehen können.

**Der Kohlenkrieg.**

Noch nie sind die traditionellen Kämpfe um das Rheinisch-Westfälische Kohlentribut in so hohem Ausmaß der Abwärtsentwicklung gewesen als heute. Was der Bergmann seit Jahren befürchtete, dem Außenstehenden aber jetzt unwahrscheinlich vorkam, ist heute Tatsache geworden: Die Welt hat zuviel Kohle und nicht nur in England, sondern auch in Frankreich, empfindet man bezeichnenderweise den deutschen Kohlentribut auf Grund des Pariser Vertrags als eine Last, welche die Produktion und den Abjaß des eigenen Landes hemmt.

Die Erklärung ergibt sich zum Teil aus der eingetretenen Mehrförderung. Wir geben diese in der Hauptache durch folgende Tabelle wieder (im Monatsdurchschnitt und in Mill. T.):

Staatsförderer	1913	1924	Jan. 1925
Deutschland	11,73	9,9	11,98
Saargebiet	1,1	1,16	1,22
Frankreich	3,72	3,75	4,17
Holland	0,16	0,49	—
Großbritannien	24,34	22,91	23,41
Ver. St. v. Nordamerika	43,09	42,15	53,80
Südafrika	0,67	0,94	—
Britisch-Indien	1,31	1,71	—
Japan	1,78	2,25	—

Mit der Steigerung der Förderung ging aber ein Minderverbrauch (Verarmung der Konsumenten Europas infolge des Krieges) Hand in Hand, der durch die Fortschritte in der Ausnutzung der Kohle (Wärmewirtschaft), der Verwendung flüssiger Brenn- und Betriebsstoffe aus Erdöl und Nebenprodukten der Kohle, die Erhöhung der Erdbildproduktion, Ausnutzung der Wasser- und Windkraft usw. schärfer in Erscheinung trat. Ein Ausdruck der Situation sind die fallenden Kohlenpreise. Englische Kohle (Admiralitätskohle, Preis vor dem Kriege 21 Sch. 6 Penny) kostete pro Tonne vor einem Jahre noch 32 Schilling 6 Penny, heute aber 26 Schilling. Ueber den Rückgang des Kohlenverbrauchs unterrichtet folgende Zusammenstellung (im Monatsdurchschnitt in 1000 T.):

Die Kohleneinfuhr betrug:	1913	1924
Dänemark	616	380,5
Norwegen	187,8	153,8
Schwedz	492	186
Schweden	408	289
Spanien	258	103
Englische Kohleneinfuhr	6117	5138

Maßstaben für die Kohlenproduktion (1922 = 100):

Europa	108
Nordamerika	108

Unter diesen Umständen begann der Kampf um den Kohlenmarkt, der durch den Krieg ein ganz anderes Gesicht bekommen hatte. So verlor Deutschland mit Beginn des Krieges seine gesamten Kohlen-Auslandsmärkte. Die europäischen übernahm England. Dafür mußte es aber eigene Auslandsmärkte an die nordamerikanische Kohle abtreten. Der eigentliche Erbe waren die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Wir geben dafür folgende Ziffern wieder (Monatsdurchschnitt in 1000 T.):

Erzeugung von	1913	1924
Kohle	43 088	48 448
Rohisen	2 622	3 391
Stahl	2 564	3 682

**Links um! Links um!**

Papa Hindenburg will deutscher Präsident werden, will seinen Ruf und Deutschlands Ruf partout gefährden. Herr Jarres hat nämlich in verheerungswürdiger Ergebenheit ihm seinen Durchfall angetragen. Papa gab nickenden Bescheid.

Hindenburg polt wieder die Monarchie aus der Asche. Gott strafe England mit Zitterpein und Wärmeflasche. Damit wird Deutschland hoch in Ehren aufgewärmt und mit dem Dolch von hinten gegen die Republik ausgeschwärmt.

Hindenburg hat noch kein anderes Buch gelesen als die Rabattenbibeln vom uniformierten deutschen Wesen. Stolz verkündet er noch, daß er von Politik nichts versteht, als solche gilt ihm schon, wenn Wilhelm der Letzte sich nicht.

Hindenburg macht Deutschland zu einem Vereine der Krieger, die unterständig sich schmeigen in schwarz-weiß-rote Tuschentücher. Das mein' ich natürlich nur schicksalbedingungslos. Jawoll! Jawoll! Papachen ist eine verehrungswürdige Null.

Hindenburg will als Reichsblodgeneral nach Berlin marschieren und mit Tirpitz und Wulle die nationalen Belange umgruppieren. Dann wird das Vaterland meistbietend verhandelt und sofort greifbar an die Kriegsschieberische vermarktet.

Darob müssen alle Republikaner schrecklich ergrimmen und haufenweise für Marjens Namenstetter stimmen. Am 26. April heißt die Parole für das Wahlpublikum: Sie Republik - Sie Monarchie! Darum: Links um! Links um!

Victor Kalinowski

Diese Eigenproduktion ist berücksichtigt, weil die Mehrproduktion von Eisen usw. durch Amerika auf den Weltmarkt fließt und dort den Kohlenverbrauch einengt.

Nachdem die Welt jahrelang zu wenig Kohle hatte, begann vor Monaten, ausgelöst zum Teil durch den Ruhrkampf, jene Kohlenkrise, hinter der das Bestreben der großen Kohlenproduzenten steckt, die alten Märkte zurückzuerobern. Dabei ist folgendes zu berücksichtigen:

Die amerikanische Position ist außerst stark, da die Vereinigten Staaten auf Grund geologischer Verhältnisse billiger fördern als England und Deutschland. Soweit diese beiden Länder als Konkurrenten in Frage kommen, liegt England für den Schiffsverkehr (billigere Frachten) günstiger; allerdings muß es höhere Löhne als Deutschland zahlen, wodurch die frachtliche Begünstigung in den Selbstkosten mehr als ausgeglichen wird. Vor allen Dingen aber stößt die Wiedereroberung des Marktes auf Hindernisse der Produktion und Ausfuhr anderer Länder. Man betrachte in unserer Tabelle nur Holland, das auf Kosten des deutschen Abjaßes seine Jahresproduktion gegenüber 1913 um gut 4 Millionen Tonnen steigern konnte und aus einem Kohleneinfuhrland ein Ausfuhrland wurde. Diese Erscheinung können wir auch in Uebersee beobachten. Die süd-afrikanische Union z. B. früher Kohleneinfuhrland, hat 1924 rund 2.000.000 T. Kohlen ausgeführt. Die Abwärtsentwicklung ist in großen Grundzügen wie folgt aus:

England hat mehr als 100.000 arbeitslose Bergarbeiter und ca. 250 stillgelegte Becken. Der Abjaß stößt. In Deutschland beläuft sich der Bestand der unerkauften Kohle auf 9.000.000 T. Die Stocung nimmt bedrohliche Formen an. Die arbeitstägliche Förderung, die im Dezember vorigen Jahres 370.000 und im Januar d. J. 379.000 T. betrug, stellte sich im Februar nur noch auf 344.000 T. Aus Belgien meldet man Vorräte in Höhe von 1.500.000 T. Für Frankreich sind die Reparationskohlenlieferungen eine Sorge geworden. Im englischen Parlament wurden in diesem Zusammenhang Pläne erörtert, die aus exportpolitischen Gründen eine Erziehung der Reparationskohlenlieferungen durch Barzahlung verlangen. Holland ist in einer so schwierigen Lage, daß es auf jede Tonne Kohle 1 Gulden Verlust buhen muß.

Daraus erklären sich die Kämpfe in Deutschland um das Syndikat, die Abjaßkämpfe sind. Hier wird nur durch Drohung mit dem Zwangssyndikat ein Konkurrenzkampf niedergehalten, der ein Kampf aller gegen alle wäre, und gerade die Arbeiterschaft treffen dürfte. Man nimmt an, daß, wenn dieser Kampf nicht vermieden werden kann, 150.000 Bergarbeiter arbeitslos und Becken zum Stillstand kommen würden, von deren Betrieb große Gemeinwesen auf Gedeih und Verderb abhängen. International hat der Kohlenkrieg auf die Arbeiterschaft und vor allem auf die gewerkschaftliche Laft eingewirkt. Die Zusammenhänge spiegeln sich z. B. in dem Beschluß des außer-

ordentlichen Kongresses der belgischen Bergarbeiter, die entweder eine Lohnreduktion annehmen mußten, um den im Jahre 1924 erzielten Vertrag über die Mindestlöhne zu retten, oder die Reduktion ablehnen und damit die letzte Rückendeckung, den Vertrag von 1920, preisgeben mußten. Was die letztere Alternative und die Einleitung von großen Kämpfen bei den gewaltigen Vorräten bedeuten würden, ist nicht schwer vorzusagen. In die Konferenz der englischen Bergarbeiter sprach sich in diesem Sinne aus, indem sie eine einseitige Politik festlegte und die Arbeiter aufforderte, dafür zu sorgen, daß in dem dem Barment zu unterbreitenden Gesetz bezüglich der Minimallohne die Bergarbeiter Mindestsätze von 11 Schilling für Arbeiter im Tage und 12 Schilling für Stückarbeiter festgelegt werden. Der Minimallohn kommt demnach der Durchschnittslohn des Jahres 1914 unter Berücksichtigung der eingetretenen Erhöhung der Lebensunterhaltskosten in Betracht. In Holland wird von den Grubenbesitzern eine Lohnherabsetzung von 10 Prozent beantragt. Der Prozentfuß soll geringer sein, falls sich die Gewerkschaft auf eine Verlängerung der Arbeitszeit einlassen. Die Verhandlungen nehmen noch ihren Fortgang. In Deutschland wird die Entwicklung wahrscheinlich zu schwersten Erschütterungen führen, die heute kaum voraussehen sind.

**Wirtschaft und Politik.**

Der Reichsverband der deutschen Industrie veranstaltete am 1. April zu Ehren seines abgehenden Vorsitzenden Dr. Sor einen Abschiedsabend, an dem die Spitzen der Behörden, in ihrer Mitte der stellvertretende Reichspräsident Dr. Simon, Reichskanzler Luther und andere prominente Persönlichkeiten, teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit hielt der gegenwärtige Reichskanzler eine Rede, in welcher er auf die Stellung der Wirtschaft zur Politik zu sprechen kam. Nach Meldungen der Tagespresse äußerte sich Luther u. a. folgendermaßen: „So können wir heute, wenn wir uns nicht in begrifflich leerem Raume bewegen wollen, Wirtschaft und Politik überhaupt nicht mehr auseinanderreißen. Und so wird jede wirtschaftliche Betätigung, die sich nicht im engsten privatwirtschaftlichen Rahmen des Einzelnen hält, sondern das Gesamtbild erfährt, eine der wichtigsten Aufgaben des politischen Lebens sein.“

Als Walter Rathenau den Satz prägte, daß die Wirtschaft das Schicksal der Nation sei, ist diese Meinung hart umstritten worden. Viele waren der Meinung, daß umgekehrt die Politik das Primäre und die Wirtschaft das Sekundäre im heutigen Staatsleben darstelle. Sei dem wie ihm wolle: richtig ist, daß die eigentliche Politik in den Jahren der Nachkriegszeit teilweise nur das ausführende Organ der wirtschaftlichen Interessenorganisation und Kräfte waren, die das Leben des Volkes zu bewegen hielten. War doch die ganze Reparationspolitik ein riesiger Komplex von Wirtschaftspragen, aus den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen resultierend. Die Nachkriegszeit hat ferner zur Evidenz bewiesen, daß, mochte an der Regierung je wer wollte, doch zum Ende jene Herren der Wirtschaft, Stinnes, Thyssen und andere, die Geschichte der Nation zu beeinflussen der Lage waren. Die gewaltige Macht des Reichsverbandes der Industrie stand bei allen wichtigen Entscheidungen im Hintergrund, jederzeit bereit einzugreifen, wenn es galt, die Rechte der Industrie zu wahren. Die Verhandlungen mit Frankreich wurden letzten Endes von der Schwerindustrie diktiert, und es ist sich jene nicht mit ihrer französischen Schwester in allen Fragen einig ist, wird ein endgültiger Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich nicht zustande kommen. Reichskanzler Luther ist sicher, als er obige Worte sprach, davon durchdrungen gewesen, daß die dort versammelten Vertreter als die Repräsentanten der Wirtschaft anzusprechen seien. Die Millionen der Hand- und Kopfarbeiter als wesentliche Faktoren der Wirtschaft wird der Reichskanzler nicht in den Kreis seiner Betrachtungen einbezogen haben. Es war eine zeitlang anders, da konnte man keine Zeitung aufschlagen, wo nicht über die „gewerkschaftliche Nebenregierung“ gegeret wurde. Jeder Einfluß der gewerkschaftlich organisierten Millionenheere der Arbeiter, Beamten- und Angestelltenchaft war dem Bürgertum und vor allem den Industriellen ein Greuel. Deshalb der harte Kampf, der jetzt in Staat und Wirtschaft um die Zurückdrängung des Arbeiterinflusses ausgefochten wird, deshalb die offene Hand der Industrie bei den politischen Wahlen, um ihren Einfluß von dieser Seite aus zu vernehmen.

Es ist immerhin anzuerkennen, daß der verantwortliche Leiter der Reichspolitik „jede wirtschaftliche Betätigung als eine der wichtigsten Tatsachen des politischen Lebens“ erklärt, denn wenn dies richtig ist, dann kann man den in den Gewerkschaften vereinigten Hand- und Kopfarbeitern die Mitwirkung und Mitbestimmung im Staatsleben nicht vorenthalten, dann müßten die Herren um Luther geradezu um die Heranziehung dieser Organisationen bemüht sein. Das Gegenteil ist der Fall. Die kommt schon dadurch zum Ausdruck, daß die Regierung auf dem am 18. März stattgefundenen großen Kundgebung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, wo die aktuellsten Probleme der Politik und Wirtschaft zur Debatte standen, durch ein paar Vertreter geringeren Grades vertreten war, während sie bei jener Zusammenkunft der Industrie, wo es sich lediglich um einen Leistungswettbewerb handelte, die Spitzen der Regierung bis zum Reichspräsidenten hinauf herbeigeieilt waren. Gewiß sind dies nur Nebensächlichkeiten, aber sie kennzeichnen die Situation in prägnanter Weise.

Das Wesen der harten Kämpfe seit dem Zusammenbruch der Ruhraktion auf allen Gebieten war die „Vernichtung des Novembergeistes“, die Beseitigung jeder Mitbestimmung der Hand- und Kopfarbeiter im Staats- und Gesellschaftsleben. Alles was unternommen wurde, lief auf dieses Kernproblem hinaus. In dieser Linie lag auch die Rahmlegung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Der offene und geheime Kampf gegen das Schlichtungsweisen wird gerade jetzt mit aller Festigkeit geführt. Es liegt an jedem einzelnen der Millionen Arbeiter in den Fabriken und Arbeitsplätzen jeder Art, Bureau und Amtsstuben, diesem Streben nach Beseitigung des Einflusses der arbeitenden Massen einen Damm entgegenzusetzen. Dies kann geschehen durch intensive Tätigkeit für die Gewerkschaftsorganisationen, durch Stärkung der Verbandskassen und durch Aufklärung über das Wesen der heutigen Klassenkämpfe. Geht dies, dann mögen sich die Spitzen der Industrie mit denen der Regierung zusammenfinden wo und wie oft sie auch wollen. Zum Schluß entscheiden doch nur kompatible Machtverhältnisse. Die liegen für die Hand- und Kopfarbeiter allein in einem niedrigen Zusammenhalt aller Schaffenden in den Gewerkschaften.

# Vorstandsitzung des Reichsnappschäftsvereins am 15. April in Gms. Die Unternehmer treiben ihre Sabotage weiter!

Einige Bezirksnappschäftsvereine haben noch immer nicht begriffen, daß seit dem 1. Januar 1924 das R.N.V. besteht und der R.N.V. im Laufe des vergangenen Jahres endgültig geschaffen worden ist. Sie bereiten der Durchführung der einheitlichen Versicherung noch immer Schwierigkeiten und geben sich anscheinend der Hoffnung hin, daß sie nach wie vor nach ihrem eigenen Gutdünken arbeiten könnten. Zu diesen Bezirksvereinen gehört auch die Giesener Knappschäft. Der Vorstand beschloß, die Giesener Knappschäft anzuhalten, daß sie endlich ihre Beitragskontenliste für die einheitliche Beiträge zu erheben sind. Das Ersuchen der Giesener Knappschäft, für mehrere frühere Krankentafeln die Beiträge besonders zu genehmigen, hat der Vorstand abgelehnt. Die Beitragserhebung in der Krankentafel für die Haberstädter und Brandenburger Knappschäft ist hingegen vom Vorstand genehmigt worden. Ein Antrag der Buberuscher Eisenwerke in Westkar auf Zulassung einer besonderen Krankentafel ist mit den Stimmen der Versichertenvertreter abgelehnt worden.

Von mehreren Orten lagen Beschwerden über die Festsetzung des Gauerdurchschnittslohnes für die Berechnung der Rente in den Bezirksnappschäftsvereinen vor. Beschlossen wurde, die Richtlinien, die der Vorstand zu Anfang des vorigen Jahres zu dieser Frage erlassen hatte, nachzuprüfen. Es soll der Grundsatz in den Vordergrund gestellt werden, die Berechnung einheitlich durchzuführen. Ueber die bisherige Berechnung werden von den R.N.V. Unterlagen eingefordert und der nächsten Vorstandssitzung vorgelegt.

Bei der Frage: „Bevollmächtigung der Bezirksverwaltungen“ wurde zur Sprache gebracht, daß einzelne Bezirksverwaltungen sich den Anordnungen des R.N.V. nicht fügen und dadurch entschuldigeten, daß ihr Bezirksvorstand das Gegenteil beschlossen hätte. Ein solches Nebeneinanderarbeiten kann selbstverständlich im Interesse der Durchführung der Knappschäftsversicherung nicht geduldet werden. Der Vorstand des R.N.V. muß darauf sehen, daß seinen Anordnungen Folge geleistet wird. Da dies seitens der Wurmknappschäft wegen der Auszahlung von Renten an Mitglieder eines aufgelassenen Vereins nicht sofort geschah, spricht der Vorstand der Wurmknappschäft seine Mißbilligung aus und ersucht sie nochmals, in Zukunft den Anordnungen des R.N.V. Folge zu leisten.

Seitens des Gewerkschaftsbundes der Angestellten sind Vorschläge zum R.N.V. dem Reichsarbeitsminister zugestellt worden, der sie an den Vorstand des R.N.V. zur Aeußerung weiter gegeben hatte. Da die Zeit für eine Ausprache nicht zur Verfügung stand und eine Einigung darüber zu erzielen auch wohl nicht möglich war, beschloß der Vorstand, daß die einzelnen Gruppen, wie Werks-, Angestellten- und Versichertenvertreter, sich schriftlich zu den Anträgen äußern sollen.

Die Brühler Knappschäft hatte in einer früheren Sitzung dem Vorstand eine Dienstanweisung für Knappschäfts- und Angestelltenafekte zur Genehmigung versagt und die Brühler Knappschäft ersucht, eine neue Dienstanweisung auszuarbeiten. Wie seitens der Verwaltung dem Vorstand berichtet wurde, hat die Brühler Knappschäft es abgelehnt, dem Ersuchen des Vorstandes des R.N.V. nachzukommen. Der Vorstand beschloß deshalb, der Brühler Knappschäft mitzuteilen, daß, wenn sie nicht in sechs Wochen eine neue Dienstanweisung ausarbeitet, für die Brühler Knappschäft die Musterdienstanweisung des R.N.V. zu gelten hat.

Als Steigerungssätze und Beiträge sind für das Jahr 1925 in der Arbeiter- und Angestelltenabteilung die des vorigen Jahres vom Vorstand wieder beschlossen worden. Einem Antrage, den weiblichen Mitgliedern geringere Beiträge abzunehmen und dafür auch gegebenenfalls geringere Leistungen zu gewähren, hat der Vorstand nicht stattgegeben, weil nach Ansicht der Werksvertreter das Gesetz und die Satzung dies nicht zuließen.

Da in der Frage der Steigerung der Rente über 25 Dienstjahre der Knappschäftsstatut entschieden hat, daß eine Steigerung auch über die 25 Dienstjahre zu gewähren ist, und auch der Reichsarbeitsminister in seinem Antwortschreiben auf die Eingabe des Verbandes darauf hinwies, daß von einem Unterschied zwischen Dienstjahren bis zu 25 Jahren und über 25 Jahre weder im Gesetz noch in der Satzung die Rede ist, beantragten die Versichertenvertreter eine erneute Abstufung der Teuerungszulage. Die Werksvertreter erklärten, daß sie nach wie vor der Ansicht sind, daß die Leistungen der Pensionistafel nach dem R.N.V. bereits in der Höhe von 40 Prozent nach 25jähriger Dienstzeit zu hoch seien und sie deshalb einer Festsetzung von Steigerungsbeträgen der Teuerungszulage für die Dienstjahre über 25 nicht zustimmen könnten. Bei der Abstimmung über den Antrag der Versichertenvertreter stimmten die Werksvertreter geschlossen dagegen und lehnten dadurch den Antrag der Versichertenvertreter ab.

Die Versichertenvertreter beantragten hierauf die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung, die sich mit der Frage der Festsetzung der Teuerungszulagen über die 25 Dienstjahre zu beschäftigen hätte. Die Werksvertreter lehnten auch den Antrag ab, weil nach ihrer Auffassung auch in der Hauptversammlung ein anderes Ergebnis nicht zustande käme und es auch keinen Zweck habe, die Hauptversammlung vor der Annahme der Novelle zur Veränderung des R.N.V. im Reichstage, die der Reichsarbeitsminister angeordnet hat, abzuhalten. Ueber den Antrag der Abhaltung einer außerordentlichen Hauptversammlung wird nach einmal schriftlich abgestimmt, um die Möglichkeit zu schaffen, daß nach der zweimaligen Abstimmung der Reichsarbeitsminister zur Entscheidung angerufen werden kann.

Die Eingabe unserer Bezirksleitung Halle, für die Halleische und Mansfelder Knappschäft einen kommissarischen Bezirksvorstand durch den Vorstand des R.N.V. einzusetzen, da sich die Halleer und die Mansfelder Knappschäft weigerte, die Wahlordnung für die Wahl der Versicherten-

vertreter in den Bezirksvorstand gemäß des Beschlusses des R.N.V. dahin zu ändern, daß sowohl die Angestellten- als auch die Arbeitervertreter gemeinsam gewählt werden, haben die Versichertenvertreter als ihren Antrag zur Tagesordnung erhoben und ihn unterstützt. Ueber die Frage entstand eine Ausprache, in der Kameras Viktor erneut die Rechtsauffassung der Versichertenvertreter vortrug. Er stellte fest, daß, wenn die Vertreter der Arbeiter und Angestellten getrennt gewählt würden und die Angestelltenvertreter wie in Mitteldeutschland direkt büsartig gegen die Arbeiter eingestellt sind, von einer Mitbestimmung der Arbeiter in der Knappschäft nicht mehr geredet werden könnte, solange die Bestimmung in dem R.N.V. vorhanden wäre, daß Beschlüsse des Bezirksvorstandes in den meisten Fragen nur durch eine einfache Mehrheit gefaßt werden können und die Arbeiter deshalb darauf bestehen müssen, daß die Vertreter in den Bezirksvorstand gemeinsam zu wählen sind. Der Bergarbeiterverband machte sich nicht an, die Angestellten irgendwie zu vergewaltigen. Er sei nur bestrebt, sich selbst von der Mitbestimmung nicht auszuschließen. Bei der Beratung des R.N.V. im Reichstage hat der Bergarbeiterverband durch seine Vertreter fordern lassen, daß Beschlüsse in den Organen der Knappschäft in allen Fällen nur dann gefaßt werden könnten, wenn von jeder Seite die Mehrheit dafür stimmt. Man habe aber dem nicht entsprochen, sondern die einfache Stimmenmehrheit und aus diesem Grunde auch die gemeinsame Wahl der Vertreter der Arbeiter und Angestellten vorgesehen. Die Werksvertreter müßten selbst zugeben, daß eine Vergewaltigung der Angestellten nicht möglich ist, denn die Werksvertreter hätten es in der Hand, durch ihre Stimme einer solchen Vergewaltigung zu begegnen, indem sie niemals einem Beschlusse zustimmen, der sich gegen die Angestellten, die ihnen besonders nahe stehen, richtet. Die Angestellten, die den Versicherten näher stehen, erklären sich mit dem bisherigen Zustand einverstanden, und die Praxis hat ergeben, daß ein einträchtiges Zusammenarbeiten zwischen Arbeitern und Angestellten möglich ist.

Generaldirektor Wislott mußte zugeben, daß die Ausführungen des Verbandsvertreeters nicht unberechtigt seien. Da aber der Reichsarbeitsminister sich dahin ausgesprochen habe, daß auch die getrennte Wahl möglich sei und die Halle- und Mansfelder sich auf diese Auslegung des Reichsarbeitsministers berufen, schlugen die Werksvertreter vor, in dem besonderen Falle in Halle und Mansfeld die jetzige Wahlordnung zu genehmigen. Bei der Abstimmung über den Antrag stimmten natürlich die Versichertenvertreter dagegen. Sie bestanden darauf, daß der Beschluß, der einheitlich von Werks- und Versichertenvertretern gefaßt und in mehreren Sitzungen bestätigt wurde, aufrecht erhalten bleibe, wonach die Wahlordnung so zu fassen ist, daß die Wahl gemeinsam erfolgt. Das Reichsarbeitsministerium, das mehrmals den Vorwurf erhob, daß die Selbstverwaltung im R.N.V. versagt habe, ist für den unhaltbaren Zustand in Halle, Mansfeld und Thüringen verantwortlich zu machen insofern, als es dem Selbstverwaltungskörper Knüppel zwischen die Beine warf, seine Beschlüsse nicht beachtete und die Sabotage der Selbstverwaltung in Mitteldeutschland bei ihrer Sabotagearbeit befräkte.

Ueber den Mustervertrag für die Vertrauensmänner der Versicherten war in der Sitzung am 14. April 1925 auch keine Einigung zu erzielen. Es soll noch der Personalausschuß über den Vertrag in nächster Zeit erneut verhandeln. Der „Kompas“, der bisher nur Organ der Berufsgenossenschaft gewesen ist, soll in Zukunft umgestaltet werden, und zwar wird er den Titel erhalten: „Amtliches Organ der Knappschäftsberufsgenossenschaft und des Reichsnappschäftsvereins“. Für den Teil des „Kompasses“, der dem R.N.V. zur Verfügung gestellt wird, ist dem Reichsnappschäftsdirektor Heimann die Redaktion übertragen worden. Die Kosten für den „Kompas“ sind durch eine Vereinbarung zwischen dem R.N.V. und der Knappschäftsberufsgenossenschaft nach Maßgabe der Finanzanspruchnahme von beiden Teilen zu tragen.

Von der Rührknappschäft lag eine Vereinbarung mit den Knappschäftsärzten über die Erhöhung der Honorare vom vorigen Jahre zur Genehmigung des Vorstandes des R.N.V. vor. Der Honorarerhöhung hat der Vorstand zugestimmt. Die Pensionierung der Zahnärzte, die gleichfalls vorgeschlagen wurde, haben die Versichertenvertreter abgelehnt.

Den Arztvertrag der Süddeutschen Knappschäft im Bezirk Rosenheim hat der Vorstand genehmigt. Die R.N.V. sind nochmals ermächtigt worden, mit den Ärzten in den Bezirken zu verhandeln. Den Vertrag der Haller Knappschäft mit den Ärzten lehnten die Versichertenvertreter ab, weil die Haller Knappschäft sich weigert, einen ordnungsmäßigen Vorstand zu wählen und somit die Arbeiter von der Mitwirkung an der Gestaltung dieses Vertrages ausgeschlossen sind.

Ein Gegenseitigkeitsvertrag mit dem Saarbrücker Knappschäftsverein, den wir in der nächsten Nummer unserer Zeitung veröffentlichen werden, hat die Genehmigung des Vorstandes gefunden.

Die Sächsische Knappschäft hat ein Rundschreiben an die Werksvertreter, in dem ausgesprochen wird, daß ein Arbeiter keine Knappschäftsposition und Krankengeld nebeneinander beziehen könne. Da dieses Rundschreiben mit dem Wortlaut des Gesetzes und der Satzung nicht vereinbar ist, haben die Versichertenvertreter verlangt, daß es rückgängig zu machen sei. Die Werksvertreter wollten sich der Frage keine Stellung nehmen, da sie der Auffassung sind, daß alle strittigen Fragen auf dem Rechtswege zu klären sind. Die Versichertenvertreter konnten jedoch darauf hinweisen, daß hier nichts mehr zu klären sei, weil sowohl der Begriff der Arbeitsunfähigkeit nach der R.N.V., als auch der Begriff der Berufsunfähigkeit durch die höchsten rechtsprechenden Instanzen geklärt sind, und daß sie nur wünschen, daß die Sächsische Knappschäft darnach verfährt. Der Vorstand beschloß, die Sächsische Knappschäft auf die Entscheidungen hinzuweisen.

Den Schaden hat also nach Ansicht des Gerichts der Arbeiter zu tragen, denn nach der Urteilsbegründung sagt es folgendes:

„Aus dem inneren Wesen der Wiedereinstellungsklausel folgt aber weiter, daß ein Anspruch auf Entschädigung für den Lohnausfall in der Zeit zwischen der Wiederaufnahme der Arbeit und Wiedereinstellung entfällt, wenn begründeter Streit über die Wiedereinstellungspflicht bestand. Denn hat der Unternehmer begründeten Verdacht, daß der Arbeiter sich eines unsozialen Verhaltens bei der Führung des Arbeitskampfes hat zuschulden kommen lassen, so handelt er selbst nicht unsozial und verstoßt nicht gegen seine Pflichten aus der Arbeitsgenossenschaft, wenn er die Wiedereinstellung ablehnt.“

Das Gericht ist also der Auffassung, wenn der Unternehmer irgend einen Verdacht hat, daß der Arbeiter während des Arbeitskampfes sich etwas hat zuschulden kommen lassen, er die Wiedereinstellung ohne weiteres ablehnen kann und auch für den sich daraus ergebenden Schaden nicht aufkommen braucht. Ein Begriff, der sich mit dem Wesen des Arbeitsvertrages nicht so ohne weiteres vereinbaren läßt. Hier wird dem Unternehmer ein indirektes Mittel zur Unterbindung der Führung während des Arbeitskampfes in die Hand gegeben. Arbeitskämpfe werden nicht geführt um des Kampfes willen, sondern um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

## Tarifarbeitszeit und die Mansfelder Kali-U.-G.

Schon öfters ist die Direktion des Mansfelder Kaliwerkes Wansleben durch Urteile des Arbeitsgerichtes über ihr unangemessenes Verhalten gegenüber ihren Arbeitern bekehrt worden. In allen Fällen haben die Arbeiter recht behalten. Das hat aber die Direktion nicht gehindert, erneut ihren Herrenstandpunkt herauszuzehren. Wiederum hat sie zwei Arbeiter, die sich weigerten, über die wirklich überlange Tarifarbeitszeit hinaus zu arbeiten, kurzzeitig entlassen. Vor Gericht meinten die Werksvertreter, die Entlassung sei aus „Disziplingründen“ nötig geworden. „Wo sollte es hinführen“, so entriethen sich diese Wiedereinsetzer, „wenn der Vorgesetzte nichts mehr zu sagen habe sollte!“ Die Ermahnungen des Betriebsrats und der Gewerkschaftsvertreter, vorher über etwa notwendige Veränderungen im Arbeitsverhältnis die Zustimmung der Betriebsvertretung einzuholen, lehnte die Direktion als ihrer unwürdig ab, weil sie sich nicht „reintreden“ lassen wollte. So mußte notgedrungen das Arbeitsgericht sich mit dem Streitfall befassen.

Das Urteil hat allerdings recht verdruckte Gesichter bei den disziplinierten Werksleitern hervorgerufen. Wie immer, entschied das Gericht auch in diesem Falle, daß die Arbeiter S. und Sch. zu Unrecht entlassen seien, daß sie wieder eingestellt werden müssen oder dem einen 150 und dem anderen 160 Mk. zu zahlen seien. Das ist für die große Mansfelder-U.-G. zwar schmerzhaft, aber durchaus am Platze; wer nicht hören will, muß eben fühlen. Durch solche Denksätze muß von Zeit zu Zeit den übermühtigen, zum Teil leider auch unteren Werksorganen beigebracht werden, daß die Arbeiter einen begründeten Anspruch auf anständige Behandlung haben.

## Volkswirtschaftliche Rundschau. Großkapitalistische Verknüpfungen.

Extreme Verhältnisse sind im Leben. Der König von Belgien und der deutsche Stinneskonzern sind steter große Gegensätze, und doch haben sie sich zu gemeinsamen Geschäften zusammengefunden. Zugleich ist diese Transaktion ein Beispiel dafür, wie international die Geldpotenzen der einzelnen Länder verbunden sind. Der Sache selbst liegt folgendes zugrunde: Die Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft in Wien ist eine von jenen Brennpunkten, wo sich die Strahlen internationaler Wachstums brechen. Aktienpakete von ihr sind bei Großkapitalisten fast aller Länder untergebracht. Ihre Aktien werden an den Börsen in London, Paris, Brüssel, Prag und anderswo gehandelt. An ihr ist u. a. die Pariser „Union Européenne Industrielle et Financière“ beteiligt. Die „Union Européenne“ ist die Hausbank des französischen Großindustriellen Schneider & Co. in Creusot. Die „Banque de Bruxelles“ besitzt seit langem ein größeres Aktienpaket der Escompte-Gesellschaft. Nunmehr hat auch die Vermögensverwaltung des Königs von Belgien unter dessen ausdrücklicher Zustimmung einen Aktienblock von 10 000 Stück der Escompte-Gesellschaft übernommen. Dadurch wird eine direkte Verbindung zwischen dem deutschen Stinneskonzern und dem belgischen König hergestellt.

Die Verbindung der Escompte-Gesellschaft und dem Stinneskonzern liegt neben andern in der gemeinsamen Beherrschung der Oesterreichischen Alpen Montangeellschaft. Bekanntlich wurde dieses große Montanunternehmen Oesterreichs von dem Austro-Italiener Camillo Castiglioni erworben. Später kam eine enge Verbindung zwischen Castiglioni und Stinnes zustande. Nach dem Grundgesetz „Divide et impera“ teilten sich die beiden Inflationskönige in die Herrschaft der Alpine. Als sich Castiglioni an der Frankenspekulation die Flügel verbrannte, mußte er zu weitgehenden Realisierungen schreiten. Die Escompte-Gesellschaft übernahm von ihm den Aktienblock der Alpine. Nunmehr teilte sich diese mit Stinnes in der Herrschaft der Alpen. Das Präsidium des Verwaltungsrats der Alpine ist von einem Vertreter der Escompte-Gesellschaft und des Stinneskonzerns (Albert Bögl) besetzt. Durch diese neue Situation kam nicht nur die Alpine in einen internationalen Aktionsradius, sondern es wurden auch Berührungspunkte zwischen dem Stinneskonzern und dem Kapital westlicher Ententeländer und durch die „Union Européenne Industrielle“ mit Schneider-Creusot geschaffen. Fehlt tritt der König von Belgien in diesen Rang einer kunstvollen Kapitalverknüpfung. Er wird somit indirekt zum Geldgeber des Stinneskonzerns.

Wie Figuren zeigt, ist nicht nur bei Gott, sondern auch in der Sphäre des internationalen Großkapitals kein Ding unmöglich.

## Handelspolitische Fragen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat durch den Kollegen Eggert eine Unterfuchung über die Frage: „Schutzzoll oder Freihandel?“ vornehmen lassen. Eggert geht von der Tatsache aus, daß durch den Krieg der Gütervorrat in Deutschland in weitestem Maße verknappt worden ist. Deutschland hat mit Beendigung des Weltkrieges 13 Prozent seines Gesamtgebietes, 14,2 Prozent seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche und 15,4 Prozent seines Ackerlandes verloren; aber seine Bevölkerung verringerte sich damals nur um 10 Prozent. Deutschlands Landwirtschaft, die unser 63-Millionen-Volk ohnehin nicht zu ernähren vermochte, ist in ihren Erträgen gegenüber der Vorkriegszeit um etwa ein Viertel zurückgegangen. Deutschland hat ferner infolge Ausbeidens Elsaß-Lothringens, eines Teiles von Oberschlesien und durch die Angliederung Luxemburgs an die belgischen Wirtschaftsverband 26 Prozent seiner Steinkohlenproduktion, 34 Prozent seiner Hoheisenproduktion, 36,3 Prozent seiner Stahlproduktion, 38,8 Prozent seiner Walzwerkserzeugung, 79,5 Prozent seiner Erzlager und 66 Prozent seiner Zinkerze verloren. Würde Deutschland nun eine Schutzpolitik betreiben, so müßte diese zu einer weiteren Verknappung der Güter und Preiserrhöhung, besonders der Preise für Getreide und Brot führen. Vor allem werden die durch Schutzzölle künstlich erhöhten Preise ihrerseits wiederum den Preis für Grund und Boden steigern, den Export hemmen, die ganzen Herstellungskosten erhöhen und insbesondere die Lebenshaltung enorm verteuern.

Die Unterfuchung Eggerts ergibt folgende Feststellungen, hinter denen die Gewerkschaften stehen: das Ziel ist, die Schutzzollbestrebungen des Unternehmertums in Landwirtschaft und Industrie zu bekämpfen und dem freien Weltmarkt zum Siege zu verhelfen. Deutschland hat weltwirtschaftlich einen ungemein schwierigen Stand. Es kann sein über 63-Millionen-Volk von den Erträgen der eigenen Landwirtschaft nicht ernähren. Es ist daher auf Sein oder Nichtsein zur Einfuhr von Nahrungsmitteln, zur industriellen Gütererzeugung und deren Ausfuhr, zum Anschluß an den Weltmarkt genötigt. Ausfuhr von Industrieerzeugnissen bedingt aber ihr Weltmarkt. Ein Rückgang der Produktion, der

# Aus der Praxis des Arbeitsrechts.

## Der tägliche Kampf auf dem Boden des Arbeitsrechts. Wie das Landgericht Dortmund die Schadenersatzfrage für die nach der Mausperrung nicht wieder eingestellten Kameraden beurteilt.

Nach der Mai-Ausperrung 1924 wurde ein Teil Belegschaftsmitglieder wegen angeblich schwerer Verfehlungen, die sie sich hatten zuschulden kommen lassen, nicht wieder eingestellt. Eine Schiedsstelle beim Oberbergamt Dortmund hatte nun zu prüfen, ob die einzelnen Verfehlungen so groß waren, daß dem Unternehmer nicht zugemutet werden konnte, den Arbeiter weiter in seinem Betrieb zu beschäftigen. In vielen Fällen hat sich herausgestellt, daß die Angaben der Verwaltung auf falscher Annahme oder auf Irrtümern beruhten. In allen diesen Fällen entschied nun die Schiedsstelle auf Weiterbeschäftigung. Es wurde also festgestellt, daß kein Grund zur Nichtweiterbeschäftigung auf Seiten der Unternehmer vorgelegen habe, mithin also die Entlassung zu Unrecht erfolgt war. Die Kläger hatten aber in der Zeit der Entlassung bis zur Weiterbeschäftigung einen ziemlich großen Schaden an Lohnausfall, den zu ersetzen die Unternehmer aber ablehnten. Klagen an den Bergarbeitergerichten auf Schadenersatz hatten keinen Erfolg und auch die Berufungsinstanzen des Landgerichts in Dortmund nimmt in dieser Frage eine etwas eigentümliche Stellung ein. Aus einem uns vorliegenden Urteil entnehmen wir folgende Begründung:

„Die in dem Abkommen vorgesehene Schiedsstelle ist nach der Zivilprozessordnung überhaupt kein Schiedsgericht, da es gar nicht, wie ein Gericht, einen Rechtsstreit entscheiden, das Bestehen eines Rechtsverhältnisses feststellen soll.“ Weiter wird gefolgert, daß mindestens der Jechenverband der Schiedsstelle eine Entscheidung dieser ganzen Streitfrage, insbesondere auch eine

Entscheidung über die Folgen der Nichtwiedereinstellung nicht hat anvertrauen wollen. Damit wird also zum Ausdruck gebracht, daß die Daseinsberechtigung der Schiedsstelle sehr minimal ist. Unbegreiflich erscheint es, wenn es in dem Schlußsatz der Vereinbarung, welche die Schiedsstelle vorliegt, heißt, daß die Entscheidungen derselben endgültig und bindend sind, in der Urteilsbegründung des Landgerichts aber zum Ausdruck gebracht wird, daß der Spruch der Schiedsstelle nur als Gutachten und nicht als endgültige Entscheidung zu betrachten ist. Die Unternehmer haben, soweit sie dazu verurteilt wurden, die einzelnen Kläger sofort wieder eingestellt oder ihnen den nach dem Betriebsratsgesetz vorgesehenen Schadenersatz gezahlt, somit also nach Meinung des Landgerichts ihrer sozialen Pflicht vollkommen genügt. Ist dieses richtig? Nach unserer Auffassung nein. Angenommen: Der Arbeiter X wird beschuldigt, sich eines Vergehens während des Arbeitskampfes schuldig gemacht zu haben. Der Unternehmer geht dazu über und entläßt denselben auf Grund des angeblichen Vergehens. Der Entlassene sucht nun seine Unschuld bei der Schiedsstelle nachzuweisen, welches ihm dann auch gelingt. Die Schiedsstelle entscheidet, daß der zu Unrecht Entlassene weiter zu beschäftigen ist. Inwiefern kommt der Unternehmer nach. Im Juni wird X entlassen und durch Urteil der Schiedsstelle Ende August erst wieder eingestellt. Durch die ungerechtfertigte Entlassung hatte er aber einen Lohnausfall von rund 2½ Monaten. Wer kommt nun für den Schadenersatz auf? Hier muß doch zweifelsohne der Arbeiter geschädigt werden, denn damit, daß der Unternehmer ihn nun grüßig weiter beschäftigt, hat er seiner sozialen Pflicht nicht genügt, sondern den Arbeiter geschädigt und zwar dadurch, daß derselbe von der Entlassung bis zur Weiterbeschäftigung einen Lohnausfall hatte, und der ist, wie nach der Mai-Ausperrung, erheblich, weil einzelne Streitfälle erst nach drei Monaten ihre Erledigung fanden.

# Internationale Rundschau.

## Gewerkschaftliche Einheit in der Tschechoslowakei.

Wie die Presseberichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereits mitgeteilt haben, wurde am 22. Januar in einer unter dem Vorsitz von Dubegeest, Sekretär des IGB, abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der tschechischen Gewerkschaftszentrale und der Zentralgewerkschaftskommission in Reichenberg ein die Verschmelzung der beiden Landeszentralen betreffendes Uebereinkommen ausgearbeitet. Diese Vorlage gelangte inzwischen in Vorhandlungen der tschechoslowakischen und der Reichenberger Landeszentrale zur Sprache und wurde von diesen Instanzen vorläufig angenommen. Es kann demnach mit einer alsbaldigen Verschmelzung gerechnet werden.

Der Text des Uebereinkommens lautet:

„In Anbetracht dessen, daß beide Parteien es anerkennen, daß zur Realisierung der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei die Bedingungen zu erfüllen sind, welche das gegenseitige Vertrauen stärken und in einem praktischen Zusammenarbeiten die Grundlage zur vollständigen Verschmelzung vorbereiten, wurde unter Vorbehalt der Zustimmung der beiden Gewerkschaftskommissionen nachstehendes vereinbart:

1. Die einheitliche Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei repräsentiert eine Gewerkschaftszentrale nach dem Prinzip der internationalen allgewerkschaftlichen Kongresse: „In einem Staate eine Zentrale“.

2. Um dieses Ziel zu erreichen, wird für den noch genau zu umschreibenden Wirkungsbereich die D. S. C. (tschechische Gewerkschaftszentrale) mit den Aufgaben der gemeinsamen Landeszentrale betraut. Zu diesem Zwecke treten die der Reichenberger Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände unter noch zu vereinbarenden Bedingungen, durch die E. K. Reichenberg dem D. S. C. bei. In dieser Eigenschaft als gemeinsame Landeszentrale wird die D. S. C. durch eine der Mitgliederzahl E. K. Reichenberg entsprechende Anzahl von Vertretern dieser Kommission ergänzt.

Für die sonstigen jagungsgemäßen Aufgaben der beiden Gewerkschaftskommissionen gegenüber den ihnen angeschlossenen Verbänden bleiben die beiden Kommissionen bis auf weiteres zuständig.

3. Die bisherige Selbstverwaltung dieser Verbände wird hierdurch in keiner Weise beeinträchtigt, jedoch werden mit den bisher in D. S. C. vertretenen Verbänden gemeinsame Ausschüsse gebildet, welche nicht nur die Fragen des einheitlichen Vorgehens in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aktionen lösen, sondern auch über die Bedingungen verhandeln werden, welche zur endgültigen Verschmelzung der verbandten Verbände zu erfüllen sind.“

Am 22. April werden die Verhandlungen unter Vorsitz des Sekretärs Dubegeest in Prag ihren Fortgang nehmen.

## Rückblick auf den Metallarbeiterstreik in Italien.

Unter besonderer Berücksichtigung der Haltung des regulären, antisfaschistischen Metallarbeiterbundes, dessen Rolle im italienischen Metallarbeiterstreik im allgemeinen von der Presse nicht genügend gewürdigt wurde, veröffentlicht der Pressedienst des IGB. folgenden zusammenfassenden Bericht:

Im vergangenen Herbst trafen die faschistischen gewerkschaftlichen Korporationen mit den Metallindustriellen ein Uebereinkommen betr. die Bezahlung einer Teuerungszulage, die von der großen Mehrheit der Arbeiter als zu niedrig betrachtet wurde. Der dem faschistischen Gewerkschaftsbund angeschlossene Metallarbeiterverband „Fiom“, der das Uebereinkommen mit den Industriellen nie gutgeheißen hatte, forderte energisch die Erhöhung der Zulage und schließlich wurden auch die faschistischen Korporationen, die in dem mit den Unternehmern abgeschlossenen Vertrag nicht einmal Minimallöhne festsetzten, von den Arbeitern zum Abschluß eines weniger ungünstigen Uebereinkommens aufgefordert. Bei

# Aus dem Kreise der Kameraden.

## Unsere Toten.

Henrichsburg. Unser ältestes Mitglied gestorben. Vor einigen Wochen verschied infolge Altersschwäche unser alter Pionier der Arbeiterbewegung von Henrichsburg, Kamerad Heinrich Schmidt im Alter von 82 Jahren. Mit ihm ist wohl der älteste organisierte Bergarbeiter Deutschlands zu Grabe getragen worden. Trauern stand die gesamte Arbeiterchaft unseres Ortes hinter seinem Sarge. Der alte Kämpfer war ein Sinnbild für die heranwachsende Jugend. Heinrich Schmidt war stolz darauf, daß er sich ein Menschenalter unter dem Banner des Bergarbeiterverbandes gestellt hatte. Schmidt trat im Jahre 1889 in Rothhausen mit seinen fünf Söhnen, die heute, soweit sie noch leben, zu den Gründern und Veteranen des Verbandes gezählt werden können, unserer Organisation bei. Obwohl Heinrich Schmidt ein ganzes Jahrzehnt erkrankt war, nahm er regen Anteil am Geschehen und seine Enkelkinder mußten ihm vom Leben und Treiben innerhalb des Verbandes erzählen. An seiner Bahre haben alle Verbandskameraden den Sarg abgelegt, treu für den Verband zu kämpfen und zu arbeiten, bis wir unserem Ziele näher kommen.

## Verbands-Kapital.

Bei einer der letzten Verhandlungen mit den Unternehmern ereignete sich ein bezeichnender Zwischenfall. Als die Unternehmer immer wieder auf ihre „grenzenlose Notlage“ hinwiesen und mit tausend „Beweisen“ zugen wollten, daß sie auch nicht einen einzigen Pfennig Lohnhöhung für die Bergarbeiter gewähren könnten, machten die Arbeitervertreter auf ganz besondere Beispiele der geradezu unerträglichen „Notlage“ der Unternehmer aufmerksam. So gehen z. B. sehr viele Zechenverwaltungen dazu über, eigene Zeitschriften für die Kumpels kostenlos herauszugeben. Der Inhalt dieser „Zeitschriften“ ist natürlich auch dementsprechend und derartig aufgemacht, daß die Arbeiter mit pseudowissenschaftlichen Phrasen zugebedt in einem Nebel illusionärer Vorstellungen geführt werden. Die Herstellung dieser Zeitschriften kostet zweifellos den einzelnen Betriebsverwaltungen einen ganzen Bogen Geld. Die Verbandsvertreter sagten, daß das doch nicht gerade von einer besonders schweren Notlage der Unternehmer zeuge.

Auf diesen Hinweis der Arbeitervertreter antwortete ein prominenter Unternehmervertreter höhnisch:

„Ja, meine Herren, das müssen Sie verstehen, das ist werbendes Kapital für uns, glauben Sie nur, ein vorzügliches Anlagkapital!“

Die Bergarbeiter mögen sich diese Worte des Werksbesizers tief in die Seele hämmern und immer daran denken, daß die Bergleute auch ein werbendes Anlagkapital brauchen.

Kameraden! Unser „Kapital“ legen wir am besten an, wenn wir dem Unternehmertum eine Organisation entgegenstellen, die den letzten Mann in sich aufgenommen hat!

Agitiert für den Verband!

## Oberbergamtsbezirk Dortmund.

### Neue Miessätze für Bergmannswohnungen.

Nachdem durch Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministeriums die gesetzliche Miete ab 1. April 1925 von 66 auf 76 Prozent der Friedensmiete erhöht wurde, hat auch der Kleine Ausschuss des Verwaltungsrats der Arbeitervereine für Bergmannswohnungen in Eilen die Mieten mit Wirkung ab 1. April wie folgt festgesetzt (in Mark):

Unternehmerverband der Lombardei entschloß sich angeichts dieses von zwei Seiten ausgeübten Druckes zu einer sofortigen Erhöhung der Teuerungszulage um 1,20 Lire pro Tag. Da auch damit die Löhne nicht mit dem Lebensmittelpreis im Einklang gebracht waren, sprach sich der „Fiom“ gegen das Abkommen aus. Ein Streik kam zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Frage, da jegliche Aktion noch ohne weiteres von der Regierung unterdrückt worden wäre und man überdies nicht mit der Wirkung der Faszisten rechnen konnte.

Die Faszisten, die immer das Ideal der Zusammenarbeit der verschiedenen Klassen verteidigen, mußten in der Folge alles tun, um irgendetwegen offenen gewerkschaftlichen Kampf zu vermeiden, die guten Beziehungen mit den Unternehmern aufrecht zu erhalten und den Kontakt mit den Massen, deren Interessen sie zu verteidigen vorgaben, nicht zu verlieren.

Der Streik wurde schließlich vom faschistischen Abgeordneten Augusto Turati ins Rollen gebracht. Nach mehreren Besprechungen mit den Unternehmern leitete dieser am 3. März den Streik der Metallarbeiter von Brescia ein, der zunächst nur von den wenigen faschistischen Arbeitern mitgemacht wurde. Bald sahen aber die regulären Organisationen, daß der Moment gekommen war, wo es galt, die Situation auszunutzen. Nachdem die Faszisten den Streik, der auf Grund gewerkschaftlicher Methoden alten Stils, d. h. unter Gewaltandrohungen und lärmendem Gebahren geführt wurde, acht Tage fortgesetzt hatten, rief auch der „Fiom“ seine Mitglieder zum Streik auf und bald standen 8000 Arbeiter im Kampf. Es war auch der „Fiom“, der beschloß, die Aktion über die ganze Lombardei auszubreiten, indem er am 12. März im Namen aller nicht-faschistischen Organisationen an die Metallarbeiter der ganzen Lombardei einen Aufruf richtete und sie zum Streik aufforderte. Streuen der Parole ihrer alten Gewerkschaften rüsteten sich am 13. März 120 bis 130 000 Metallarbeiter zum Streik. Da die faschistischen Arbeiter selbst im Kampf standen, konnten sie nicht mit dem üblichen Vorwurf auskommen, daß der Streik „antinationale“ sei. Auf Drängen der Unternehmer intervenierte die Regierung und lud die Leiter der Unternehmervereinigungen sowie der faschistischen Korporationen — unter Ausschluß der Vertreter der freien Gewerkschaften — zu Verhandlungen nach Rom ein.

Während dieser Besprechungen, über die in der Öffentlichkeit nicht viel bekannt wurde, nahmen die faschistischen Organisationen, die sich die Sympathien der Arbeiter erhalten wollten, eine ziemlich energische Haltung ein. Nachdem sie am 15. März sogar ein Ultimatum an die Unternehmer gerichtet hatten, traten diese in Mailand zu einer weiteren Sitzung mit den faschistischen Korporationen zusammen, wieder unter Ausschluß der Vertreter der freien Gewerkschaften. Die Verhandlungen wurden von dem extrem-reaktionären Sekretär der faschistischen Partei, Farinacci, geleitet. Nach sechsstündiger, heftiger Debatte wurde ein Kompromiß erzielt, indem die Industriellen eine weitere Erhöhung der Zulage um 1 Lire pro Tag zugestanden. Hierauf forderten die faschistischen Korporationen ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Der „Fiom“, der sich mit den erreichten Resultaten nicht zufriedengeben konnte und auch nicht zu den Verhandlungen hinzugezogen wurde, verfügte die Fortsetzung des Streiks und konnte die erfreuliche Tatsache verkünden, daß 95 Prozent der Arbeiter seiner Parole Folge leisteten und nur 5 Prozent die Arbeit wieder aufnahmen. Diese Ziffern zeigen, wie groß die „Massen“ sind, die die faschistischen Korporationen hinter sich haben.

Nach zwei Tagen, während welcher der Streik geschlossen fortgesetzt wurde, ordnete auch der „Fiom“ aus taktischen Gründen die Wiederaufnahme der Arbeit an, da die Abhaltung von Versammlungen verboten war, die nicht-faschistischen Zeitungen mit Beschlag belegt wurden und sich die Unternehmer hartnäckig weigerten, mit den freien Gewerkschaften zu verhandeln. Die Arbeiter begaben sich am 19. März wieder in die Betriebe. Abschließend veröffentlichte der „Fiom“ ein Manifest, in dem er zum Ausdruck brachte, daß sich die Arbeiter mit den Abmachungen der faschistischen Korporationen nicht einverstanden erklären können und die Agitation ihren Fortgang nehmen müsse.

land bedarf daher zum Wohle seiner Wirtschaftsentwicklung und zur Erhaltung seiner Bevölkerung der Rohstoffquellen der Welt unter möglichst billigen Bedingungen. Schutzzölle auf Einfuhrwaren bedeuten aber Vertreibung der Güter; sie fordern das Ausland heraus, seinerseits ebenfalls Schutzzölle zu errichten. Eine wohlverstandene Wirtschaftspolitik muß die Schutzzölle verschmähren und bekämpfen. Deshalb gilt die Handelspolitik der Gewerkschaften in folgenden Forderungen:

1. die Güter der Weltwirtschaft durch Beseitigung der protektionistischen Wirtschaftspolitik in allen Ländern den Verbrauchermassen unversperrt zuzuführen;
2. Erleichterung der Hochleistung der Wirtschaft auf Grundlage des gesetzlichen Achtstundentages oder der gesetzlichen AStündigen Arbeitswoche;
3. Begünstigung der Entwicklung zur ergiebigsten internationalen Arbeitsstellung.

Fort mit den Schutzzöllen in allen Ländern! Reißt die Zollschranken nieder! Gebt die Bahn frei von und zu allen Märkten der Welt, damit sich der Gütertausch zum Wohle der Völker auf höchste entfalte!

## Aufwertung und Gewerkschaften.

Der Aufwertungsvorschlag der Regierung ist nun im Reichswirtschaftsrat erörtert worden und hat dort eine herbe Kritik und eifrige Verbesserungen erfahren. Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben sich bei Abstimmung über eine Resolution, die die Ansicht des Reichswirtschaftsrats wiedergibt, der Abstimmung enthalten. Für ihre Haltung sprach einmal die Tatsache mit, daß der Aufwertungsvorschlag der Regierung den sozialen Gedanken, die Hilfe für die wirklich Geschädigten der Inflation, völlig vernichtet läßt. Zum anderen muß betont werden, daß die Art und Weise, wie die Regierung die Mittel für die Aufwertung aufbringen will, ebenso unsozial wie die Vernachlässigung der wirklichen Inflationsoffer und für die Gewerkschaftsvertreter einfach unannehmbar ist. Die Mittel sollen nämlich vorzugsweise durch Steuern aufgebracht werden, die ausgerechnet die Massen belasten, die in erster Linie durch die Wertentwertung gequält haben. Dagegen will man den Besitz verschonen, der sich in Deutschlands schwersten Tagen, während des Krieges und der Inflation, bedeutend vergrößert oder neugebildet hat. Es ist aber nur soziale Gerechtigkeit, wenn dieser Besitz von seinen Gewinnern wenigstens soviel abgibt, um den unglücklichen Opfern der Inflation zu helfen.

Die Sozialdemokratische Partei hat im Aufwertungsausschuß bereits einen Antrag auf Erfassung der Kriegs- und Inflationsgewinne vorgelegt. Allerdings versuchen die bürgerlichen Parteien alles, um den Besitz zu schützen. Für uns ergibt sich aber die Notwendigkeit, alles zu versuchen, um das Volk vor ungerechten Neubelastungen zu schützen und jene, für die Krieg und Inflation eine große Bereicherungsquelle waren, zur Erfüllung einer Pflicht zu zwingen, die selbstverständlich ist. Also hinweg mit den ungerechten Steuer- und Zollprojekten der Reichsregierung! Ergreift endlich die Kriegs- und Inflationsgewinner!

## Einer Reform des Aktionärsrechts.

wird in der letzten Zeit vielfach das Wort geredet, insbesondere in bezug auf Zusammenlegung und Rechte der Aufsichtsräte. Auch Kapitalisten haben auf diesem Gebiet mancherlei Kopfschmerzen. Ganz einig dürfte jeder anständige Mensch mit Forderungen gehen, die eine Abwägung persönlicher Steuerklassen von Aufsichtsräten auf die Aktiengesellschaft bezwecken. Anders steht es mit einer Forderung, der wir in einem von der „Frankf. Ztg.“ abgedruckten Artikel begegnen, daß nur Aktionäre Mitglieder von Aufsichtsräten sein sollen. Wir wenden uns gegen diesen Vorschlag, soweit er sich richten würde gegen die Aufsichtsräte aus Arbeitnehmertreuen auf Grund des Betriebsrätegesetzes und der auf ihm fußenden Reichs- und Landesgesetze. Wir wenden uns um so entschiedener dagegen, da der Verfasser seine Reformvorschläge auf dem Wege der Verordnung durchgeführt wissen will.

## Die „unfähige“ englische Arbeiterpartei.

Die englische Arbeiterregierung MacDonald kann sich mit der Politik, die sie trieb, nach jeder Richtung sehen lassen. Ein neuer Beweis dafür ist die Finanzwirtschaft Englands in 1924. Wie bei uns das Lufthabinekt, so hatten auch die bürgerlichen Finanzminister Englands seit dem Krieg immer irreführende Haushaltsvoranschläge vorgelegt, indem sie die Staatsausgaben zu hoch, die Einnahmen zu niedrig einschätzten, um nicht zu Steuerermäßigungen gezwungen zu sein. Snowden, der Schatzkanzler unter MacDonald, machte mit diesem System ein Ende. Er haute die Verbrauchsteuern um 40 Millionen Pfund ab; trotzdem seine konservativen Kritiker ihm einen Fehlbeitrag von 100 Millionen Pfund prophezeiten, blieb Snowden dabei, daß trotz seiner Steuerermäßigungen, trotz des Nachtragsetats für die Wembleyausstellung, die Kriegernotstände usw. noch ein Ueberschuß von 4 Millionen Pfund bleiben werde.

Das Jahresende hat den Sozialisten Snowden glänzend gerechtfertigt. Der Etat schließt trotz der von Snowden nicht vorhergesehenen Mehrausgaben mit einem Ueberschuß von 3,66 Millionen Pfund! War die Arbeiterpartei „unfähig“?

## Entwicklung des deutschen Welt Handels.

Daß der deutsche Welthandel sich stetig nach oben entwickelt, kann an manchen Merkmalen festgestellt werden. Unter anderem beweist dies die neueste Statistik der Suez-Kanalgesellschaft. Deutschland stand in der Vorkriegszeit an zweiter Stelle unter den Ländern, welche den Suezkanal passieren. Im Jahre 1922 befand sich Deutschland an erster, 1923 an vierter und 1924 an dritter Stelle. Der deutsche Anteil der Gesamttonnage des Suezkanals betrug 1922: 6,6 Prozent, gegen 16,7 Prozent 1913. An erster Stelle steht England mit 39,7 Prozent, an zweiter die Niederlande mit 9,9 Prozent. An vierter Stelle folgt Frankreich mit 6 Prozent, welches jetzt von Deutschland überholt wurde. Der englische Anteil hat sich gegenüber dem Jahre 1923 um 3,1 Prozent vermindert. Wenn die Entwicklung so weiter geht, wird Deutschland bald wieder, wie in der Vorkriegszeit, an zweiter Stelle stehen.

## Gute Geschäfte für Bankaktionäre.

Die Geschäfte der Banken seit der Stabilisierung entwickelten sich für die Aktionäre in zufriedenstellender Weise. So zeigt der Abschluß der Süddeutschen Diskontogesellschaft, daß der Einlagenstand mit 88,83 Millionen Mark weit über den der Vorkriegszeit liegt, wo er nur 66,67 Millionen Mark betrug. Der Rohgewinn betrug 15,09 Mill. Mark und übertraf somit das Aktienkapital, das 15 Mill. Mark beträgt. Aus dem Reingewinn von 2,53 Mill. Mark wird eine Dividende von 8 Prozent verteilt. Für Um- und Neubauten werden 52 730 Mill. bereitgestellt und nicht weniger als 669 000 Mill., also mehr als die Hälfte der Dividendensumme, auf neue Rechnung vorgezogen. Es hätte also bequem eine Dividende von 15 Prozent verteilt werden können. Da die Einlagen diejenigen der Vorkriegszeit übersteigen, scheint es der süddeutschen Industrie- und Handelswelt nicht allzu schlecht zu gehen.

## Stimmes im internationalen Kältengeschäft.

Auf Wars und Zür, zwei dänischen Inseln im Südjord, haben eine englische und eine deutsche Firma allen Lehmboden, der dort aus Diatomenerde besteht (das sind versteinerte Algen der Tertiarzeit), ausgekaut und zwar zu phantastischen Preisen. Während 80 Länder (ein dänisches Vordennmark) auf den Inseln bisher, weil unfruchtbarer Boden, 80 000 Kronen kostete, haben die Firmen A bis 5000 Kronen per Linder bezahlt. Wie es heißt, geschieht die Ausbeute der Erde zur Herstellung von Isolatorkeramik für Gasmaschinen, wenigstens behauptet das die dänische Presse und läßt diese Behauptung neben Information aus unzuverlässiger Quelle auf die Tatsache, daß die englische Firma eine bekannte Wasserfabrik ist. Die deutsche Firma ist die Stimmesgesellschaft Deutsch-Burgund.

Größe der Wohnung	in Orten bis 10 000	über 10 000	über 100 000
		Einwohner	
1. bis 35 qm	8	9	10
2. von über 35—40 "	9	10	11
3. " " 40—45 "	10	11	12
4. " " 45—55 "	12	14	16
5. " " 55—65 "	15	17	19
6. " " 65—75 "	18	20	22
7. " " 75—85 "	21	23	25
8. " " 85 "	24	26	28

Vorstehende Mieten ermäßigen sich bei mehrgeschossigen Häusern, die mehr als zwei Mieter enthalten, um 5 Prozent, in freistehenden Einfamilien- bzw. Doppelhäusern erhöhen sich die Mieten um 5 Prozent. In diesen Mietbeträgen sind alle Unkosten, wie Grundvermögenssteuer und Wassergebühr, soweit es den Betrag von 75 Pf. monatlich je Wohnung nicht übersteigt, mit einbegriffen. Beträge, die darüber hinausgehen, müssen besonders bezahlt werden. Soweit die Miete für April vor Bekanntwerden der neuen erhöhten Mietfüße schon bezahlt war, dürfen Nachforderungen seitens der Bergmannsstellungen nicht erhoben werden.

## Oberbergamtsbezirk Bonn.

### Lohnhöhung im rheinischen Bergbau durch Schiedspruch.

Die Verhandlungen der Unternehmer und Arbeiter um eine Lohnhöhung führten im rheinischen Braunkohlenbergbau zu keiner Einigung. Die aus diesem Grunde gebildete Schlichterkammer unter Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Mehlisch fällt und verlindele nachstehenden Schiedspruch:

1. Die Stundenlöhne der Lohnstufe für die dem Arbeitgeberverband im rheinischen Braunkohlenbergbau angeschlossenen Bergarbeiter werden mit Wirkung ab 1. April 1925 um 13 Prozent erhöht. Bruchteile von 0,5 Pf. und darüber werden nach oben, solche unter 0,5 Pf. nach unten abgerundet.
2. Der Stundenlohn für „sonstige männliche Arbeiter“ von 16—17 Jahren beträgt 28 Pf., für solche von 17—18 Jahren 37 Pf.
3. Die Bezahlung der Springerleute erfolgt in der Weise, daß sie für die Springarbeit den in der Lohnstufe festgelegten Stundenlohn für die betreffende Arbeit erhalten. Der Springerarbeit darf sich kein Arbeiter entziehen.
4. Die 10. Durchstichstunde wird mit einem halben tariflichen Stundenlohn bezahlt.
5. Der Deputatlohnpreis (§ 8 Abs. 1 und 2 des Rahmentarifvertrages) wird auf 25 Pf. je Zentner festgesetzt. Bezüglich nach § 8 Abs. 3 und 4 (Zwahlen und Witzen) werden unentgeltlich befreit.
6. Diese Regelung gilt unfindbar bis 1. September 1925; von da an monatliche Kündigung jeweils zum Monatsersten. Erklärungsfrist bis Freitag, den 10. April, abends.

## Unhaltbare Zustände im Aachener Steinkohlenbergbau.

### Ein unzulänglicher Schiedspruch.

Im Aachener Steinkohlenbergbau herrschen zurzeit unhaltbare Zustände. Während in der übrigen Industrie vorwiegend 8 Stunden, zum Teil 9 Stunden gearbeitet wird, besteht für die Arbeitstagebesetzung im Steinkohlenbergbau die 12- resp. 10stündige Arbeitszeit, während unter Tage 8 1/2 Stunden verfahren werden. Es hat sich der sonderbare Zustand herausgebildet, daß die eigentlichen Bergarbeiter, denen immer eine kürzere Schichtzeit, wie jeder andere Beruf sie hat, versprochen wurde, trotz ihrer gefährlichen, ungesund und aufreibenden Arbeit heute länger arbeiten müssen als die Angehörigen anderer Berufe über Tage. Auf der anderen Seite haben aber auch die Löhne nicht gleichen Schritt

gehalten mit den Löhnen der anderen Berufe, und auch ein Vergleich mit den Bergarbeiterlöhnen des benachbarten Ruhrreviers zeigt, daß dieselben im Ruhrgebiet über 10 Prozent niedriger sind. Dabei wird kein Mensch behaupten können, daß die Kosten der Lebenshaltung im Ruhrgebiet niedriger sind als in irgend einem anderen Teile Deutschlands. Aus all diesen Gründen, und da die Erbitterung der bergmännischen Bevölkerung aufs höchste gestiegen war, hatte der Bergarbeiterverband die bestehenden Lohn- und Arbeitsverträge abgelehnt und mit der Absicht, sie denjenigen der anderen Berufe näher zu bringen. Am 3. April fanden unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars W e h l i c h Verhandlungen statt, die sich mit diesen Fragen beschäftigten. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, da die Unternehmer nicht nur jede Lohnerhöhung ablehnten, sondern darüber hinaus sogar für die verkürzte Arbeitszeit der Kohlearbeiter ab 1. März einen Lohnabzug von 30 Prozent verlangten. Es mußte eine Schlichtungskammer gebildet werden, die folgenden S c h i e d s p r u c h fällte:

1. Die Lohnordnung wird ab 1. April wieder in Kraft gesetzt.
1. Der tarifliche Durchschnittslohn bei normaler Leistung der Bergarbeiter erhöht sich von 6,40 auf 6,75 M.
2. Der Tariflohn der Schichtlöhner erhöht sich für gelernte Arbeiter von 5,45 auf 5,80 M. Für angelernte Arbeiter erhöht sich der Schichtlohn von 5 auf 5,30 M.
3. Die übrigen Tarifschichtlöhne, mit Ausnahme der Kohlearbeiter, der unter 4 genannten, erhöhen sich in demselben Verhältnis.
4. Die Tarifschichtlöhne der Kohlearbeiter, deren Arbeitszeit durch die Verordnung vom 20. Januar 1925 verkürzt wurde, bleiben unverändert.
5. Diese Regelung ist erstmalig am 1. August 1925 mit einem Monat Frist kündbar.
11. Das bisherige Arbeitszeitabkommen wird ab 1. April 1925 mit den sich aus der Verordnung vom 20. Januar 1925 ergebenden Veränderungen wieder in Kraft gesetzt. Es kann erstmalig am 31. Oktober zum 30. November 1925 und von da ab mit einmonatiger Frist zum Ende des Monats gekündigt werden.

Erläuterungsfrist bis 9. April 1925.  
Die Bezirksleitung unseres Verbandes hatte die Mitglieder der Tarifkommission am 4. April zusammengerufen, um zu der neugeschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Verhandlung wurde mit größter Enttäuschung aufgenommen. Während der erste Teil des Schiedsspruchs gegen eine Stimme angenommen wurde, erfuhr der zweite Teil einstimmige Ablehnung. Dementsprechend wurde auch die Schlichterkammer benachrichtigt.

An unsere Mitglieder richten wir den Appell, sich nicht zu unüberlegten Schritten hinsetzen zu lassen. Werbt aufläuernd unter den Differenzen und versucht, sie der Organisation zuzuführen, damit die Stellung der Verhandlungsführer gestärkt wird. Jedes neugewonnene Verbandsmitglied stärkt unsere Front und schwächt die Position der Unternehmer. Der Bergarbeiterverband wird nichts unversucht lassen, damit auch der Ruhrbergarbeiter zu seinem Rechte kommt.

**Sachsen, Brandenburg und Thüringen.**  
**Unsere Bewegung im Senftenberger Revier.**

Am 5. April tagte im Volkshaus in Cottbus die Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für den ostböhmer Braunkohlenbergbau. Ueber 100 Delegierte der einzelnen Verwaltungskreise waren anwesend. Außerdem nahmen als Vertreter des Hauptverbandes Kamerad August Schmidt-Vochum und als Vertrauensmann bei der Brandenburger Knappschaft Kamerad Konrad P u k e-Marga an der Konferenz teil.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Bezirksleiter B r i e w i g einen eingehenden Bericht über die Verhältnisse im abgelaufenen Geschäftsjahr. Er hob besonders hervor, daß zu keiner Zeit das Unternehmertum brutaler gegen die Bergarbeiter vorgegangen sei, als im vergangenen Jahre. Mit zynischer Offenheit sind zahlreiche Funktionen gemäßregelt worden. Diese Maßnahmen waren dem Unternehmertum möglich gewesen durch die Einführung des Zweischichtensystems und die Entlassung der Arbeiter, von denen heute noch viele arbeitslos sind. Von 154 000 Beschäftigten im Juli 1923 waren Ende Dezember im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau nur noch rund 90 000 vorhanden, das ist eine Verminderung der Gesamtbelegschaft von 64 000 oder 11 Prozent. Durch die hohe Zahl der Arbeitslosen ist auch der Lohn niedrig gehalten und die große Agitation der Werke für die gelben Verbände ermöglicht worden. Die Einführung des Zweischichtensystems im Braunkohlenbergbau hat geradezu verheerend auf die Verhältnisse in den Randgebieten mit ihrem starken Tiefbau gewirkt. Auf Kosten der Löhne der Arbeiter wurden die Betriebe in den Randgebieten aufrecht erhalten. B r i e w i g wies in seinen Ausführungen noch darauf hin, daß die Unternehmer sich bei Einführung des Zweischichtensystems nicht auf die Friedensverhältnisse stützen können. Ihr Ruf „Zurück zur Friedensarbeit“ habe keine Berechtigung mehr. Im Frieden ist im Verbandsgebiet noch vornehmlich die Handarbeit maßgebend gewesen, während heute die vollkommensten technischen Anlagen geschaffen worden sind. Diese Anlagen müßten es ermöglichen, daß die Arbeiterschaft des technischen Fortschritts in Gestalt einer kürzeren Arbeitszeit teilhaftig wird. Der Glaube der Unternehmer, daß durch die Inflation die Organisationen verschwinden würden, hat sich als falsch erwiesen. Durch die rührige Tätigkeit der Funktionäre ist ein fester Untergrund geschaffen und die Zahl der zahlenden Mitglieder um über 2000 im Laufe des Jahres gesteigert worden. B r i e w i g erläuterte dann die große Tätigkeit, die innerhalb der Bezirksleitung im vergangenen Jahre geleistet werden mußte und kam auch auf die Rechtsauskunftserteilung zu sprechen, in der im vergangenen Jahre für die Kameraden Großes geleistet worden ist.

Den Höhepunkt erreichte die Konferenz in einem Vortrage des Vorstandsmitgliedes, des Kameraden August S c h m i d t-Vochum über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Braunkohlenbergbau. In einem einblühigen Vortrage behandelte Schmidt ausführlich die heutige Rechtslage in den Lohn- und Arbeitsbedingungen und wies den Funktionären nach, daß die Arbeitsverhältnisse, die tarifvertraglich geregelt, unabhängig sind, d. h., daß sie durch Sondervereinbarungen auf einzelnen Werken nicht außer Kraft gesetzt werden können und sich über den Funktionären auch die Lohn- und Schichtenzeiten der obligatorischen Bestimmungen eines Tarifvertrages. Seine Ausführungen klangen dahingehend aus, daß die Arbeiterschaft auf die Dauer ein Zwangsvereinbarungsverhältnis in der heutigen Form, das sich nur ausschließlich gegen die Arbeiterschaft richtet, nicht ertragen kann. Die Organisation der Arbeiter müßte stark genug werden, damit sie die Unternehmer zwingen kann, in freier Vereinbarung die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln.

In der Debatte zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde von den Kameraden lebhaftest Klage über das Verhalten der Unternehmer auf den einzelnen Werken geführt. Allen Diskussionsrednern war aber das Ergebnis eigen, daß die Organisation stark werden muß, um die Verhältnisse wieder zum Besseren zu wenden.

Bei der Wahl der Mitglieder zur Bezirkskommission wurden die ausstehenden Mitglieder wieder und Kamerad Max W o l f neu gewählt. Einstimmig wurde folgende Entschliebung angenommen:  
„Die heute am 5. April 1925 im Volkshaus in Cottbus tagende Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Senftenberg, stellt sich geschlossen hinter die Tätigkeit des Gesamtverbandes und spricht demselben das Vertrauen aus. Die Konferenz beurteilt aufs schärfste das Verhalten der Unternehmer im Braunkohlenbergbau, die verbindend, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen den wirtschaftlichen Lebensverhältnissen angepaßt werden. Auch der Schiedsspruch vom 27. März 1925 trägt den Verhältnissen keine Rechnung. Die Konferenz erwartet, daß die Forderungen der Bergarbeiter mehr als bisher beachtet werden und fordert die Organisationsleitung auf, alles zu tun, um eine baldige Besserung der Arbeitsbedingungen durchzuführen. Die Konferenz fordert aber auch alle Funktionäre und Mitglieder auf, ihre ganzen Kräfte einzusetzen für eine weitere Stärkung des Bergarbeiterverbandes, denn nur eine starke Organisation kann die Aufgaben erfüllen, die in der nächsten Zukunft anfallen.“

Die Konferenz beschließt ferner, um eine regere Verbandsaktivität zu ermöglichen, ab 1. Mai einen Bezirksbeitrag von monatlich 10 Pf. zu erheben.“

Der Verlauf der Konferenz hat gezeigt, daß die Bergarbeiter den ersten Willen haben, mit aller Energie an der Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen tätig zu sein und daß der Wunsch der Unternehmer, den Bergarbeiterverband aus dem ostböhmer Braunkohlenrevier zu verdrängen, eine Utopie ist und auch bleiben wird.

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**  
**Das Ergebnis der Betriebsratswahlen im niederschlesischen Steinkohlenbergbau.**

Die Betriebsratswahlen im niederschlesischen Steinkohlenbergbau sind nunmehr vorüber. Sie endeten mit einem vollen Erfolg für die freien Gewerkschaften. Gewählt sind im ganzen auf allen Werken 191 Betriebsratsmitglieder. Davon entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 153, davon auf den Bergarbeiterverband 125. Der christliche Gewerksverein erhielt ganze 7 Mandate, der Gewertverein S.-D. 8 Mandate. Die noch fehlenden 23 gehörten unter die Rubrik „Sonstige“, d. h. sie gehören keiner Organisation an. Diese Rubrik nehmen allein die Angestellten für sich in Anspruch. An Ergänzungsmittgliedern zu den Betriebsräten wurden 31 gewählt. Davon entfielen 26 auf die freien Gewerkschaften, 4 auf den Gewertverein christlicher Bergarbeiter und 1 auf den Gewertverein S.-D.

Das ist ein geradezu glänzendes Bekenntnis der Belegschaften zu den freien Gewerkschaften. Erfreulich ist die Tatsache, daß im niederschlesischen Steinkohlenbergbau die Union für Hand- und Koppfarbeiter vollständig verschwunden ist. Mögen auch die politischen Leidenschaften noch oft aufeinanderprallen, auf gewerkschaftlichem Gebiet herrscht in Niederschlesien Einmütigkeit und Disziplin. Besonders hervorzuheben ist, daß die Wahlbeteiligung auf allen Werken sehr gut war. Sie beträgt auf fast allen Werken 78 bis 85 Prozent. Die Wahlbeteiligung wäre ohne Zweifel noch viel stärker, wenn nicht eine geradezu unheimliche Krankenziffer hemmend gewirkt hätte. Die Wahlen finden bekanntlich auf den einzelnen Schachtanlagen statt. Die Kranken können deshalb infolge des langen Weges fast gar nicht ihr Wahlrecht ausüben. Es ist während der Wahlen festgestellt worden, daß auf einzelnen Schachtanlagen 15-17 Prozent Kranke vorhanden sind. Würde man diese hinzurechnen, dann läme eine Wahlbeteiligung von ungefähr 95 Prozent heraus. Das ist ein glänzendes Zeugnis für die Befähigung der Betriebsdemokratie. Auf mehreren Werken ist nur eine Liste eingegangen und zwar von den freien Gewerkschaften.

Eine besonders traurige Rolle haben die Angestellten bei den Betriebsratswahlen gespielt. Es gibt Werke, wo sich die Angestellten überhaupt nicht um die Betriebsratswahlen gekümmert haben. Dort sind die Angestellten selbstverständlich ohne jede Vertretung. Wo Listen eingereicht worden sind, handelt es sich zum größten Teil um solche Kandidaten, die keiner Organisation angehören. Nur einige Werke machen hiervon eine rühmliche Ausnahme. Es ist bezeichnend für den Knechts-

**Unorganisierte sind wie die Hummer!**

Unorganisierte Arbeiter, also Arbeiter, die sich nicht selber helfen wollen, ähneln in verächtlicher Weise den Hummern und Krabben. Wenn ein Sicher einen Eimer voll dieser Krustentiere gefangen hat, so hat er es nicht nötig, ihr Gefängnis zu schließen. Sobald ein Kruster den Versuch macht, über den Rand des Eimers die Freiheit zu gewinnen, packen ihn die anderen sofort mit den Scheren und ziehen ihn wieder zurück. Der Sicher braucht also keinen Aufseher. Ein Gefangener verhindert immer die Flucht des anderen. So wandern sie alle lebendigen Leibes in das kochende Wasser, weil sie zu dumm sind, sich gegenseitig zu helfen.

So hängen sich die Unorganisierten an die zur Vernunft gekommenen Leidensbrüder, so hängen sie wie ein Bleiklotz am Bein der organisierten Arbeiter und stören den Befreiungskampf der Arbeiterklasse. So werden sie zu Schützern des Geldsacks und vergehen lebendigen Leibes in den Qualen der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft.

Kameraden! Zwingt die Unorganisierten an ihren Platz in der Organisation und laßt euch nicht länger von ihnen in das stumpfsinnige Elend und das qualvolle Ende der Krustentiere hineinziehen. Darum auf zur Agitation!

Ein der Angestellten im niederschlesischen Steinkohlenbergbau, daß sie immer noch glauben, bei den Unternehmern um gut Wetter bitten zu müssen, anstatt sich auf ihre Würde als Mensch und Mitarbeiter zu verlassen. Hoffentlich belehrt sie die Entwicklung eines Besseren. Die Arbeiterschaft kann im allgemeinen, die freien Gewerkschaften im besonderen mit den Betriebsratswahlen zufrieden sein.

**Mißstände und Skandalöse Behandlung in Oberschlesien.**

Das letzte große Grubenunglück auf der Zeche Minister Stein im Ruhrgebiet gab allen Parteien Veranlassung, mehr Schutz und menschenwürdigeren Verhältnisse für die im Bergbau beschäftigten Arbeiter zu fordern. Treffliche Worte, die aber weniger für die Arbeiter als vielmehr für die Unternehmer bestimmt waren, sind bei dieser Gelegenheit vom Staatssekretär G e i b gebraucht worden. Die Führer und die Funktionäre des Bergarbeiterverbandes vertreten diese Meinung schon über ein Menschenalter lang, und wünschen, es bliebe nicht nur bei den Worten. Dessen Worten müßten endlich einmal die Taten folgen. Auch Oberschlesien hatte vor nicht langer Zeit zwei nacheinanderfolgende grauenhafte Massenunglücke im Bergbau. Uns allen, die wir die Rechte der Bergarbeiter zu vertreten berufen sind, stehen die schönen Reden, die man nicht nur am Grabe der Opfer der Arbeit, sondern auch in den darauf folgenden Parlamentsdebatten geführt hat, in unangenehmer Erinnerung. Unangenehm deshalb, weil all das, was man damals in bezug der Gestaltung menschenwürdiger Verhältnisse im Bergbau zu tun versprach, ins Gegenteil verkehrt wurde. Die ober-schlesischen Bergleute wissen ein Lied davon zu singen.

Wie sieht es heute, zwei Jahre nach dem großen Unglück der Heintigsgrube, in Oberschlesien aus? Den Betriebsräten werden bei der Ausübung ihrer gesetzlichen Pflicht mit wenigen Ausnahmen fast auf allen Grubenanlagen die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die Funktionäre der Bergarbeiterverbände, die an Stelle des Bezirksratsrats die Arbeitsgerichte verkörpern, und die man des öfteren zwecks Herbeiführung einer Entscheidung anzurufen gezwungen ist, stellen sich wider Recht und Wissen voll und ganz auf die Seite der Unternehmer. Ein typisches Beispiel dafür ist das Urteil des Bergrats K e i n s c h vom Berggewerkschaftsbezirk Beuthen in einer Klage des Betriebsrats der Preußengrube gegen die Verwaltung derselben. Der Direktor T h o m a s der Preußengrube verweigert den Betriebsräten die Befahrung der Grubenbaue. Der Betriebsrat erhob dagegen Klage beim Arbeitsgericht Beuthen. Bergamt Keinich als Vorsitzender des Arbeitsgerichts fällt gegen die Stimmen der Arbeiterbeisitzer das nachstehende salomonische Urteil:

1. Zur Vornahme der Befahrungen unter Tage auf der Preußengrube bedürfen die freigestellten Mitglieder des Betriebsrats der Genehmigung der Verwaltung. Diese Genehmigung darf nur aus triftigen Gründen verweigert werden.
2. In besonderen Fällen (z. B. bei größeren Unglücksfällen und Betriebsstörungen sowie aus Anlaß von Vorkommnissen usw.) sind

die freigestellten berechtigt, auch ohne vorherige Genehmigung und allein die in Frage kommenden Grubenbaue zu besahren.

3. Die gewöhnlichen Befahrungen (Biffer 1) müssen spätestens 24 Stunden vorher der Verwaltung angemeldet werden.“

Mit diesem Urteil wurde nicht nur das Betriebsratsgesetz geschändet, sondern sogar darüber hinaus ein schlechterer Zustand hergestellt, als er in den Vorschriften für die Sicherheitsmänner, die bei Zutrittsfällen des Betriebsratsgesetzes automatisch außer Kraft gesetzt wurden, vorgesehen ist. Nirgends in diesen Vorschriften ist die Rede von einer Genehmigung, immer nur von einer Anmeldung. Und hier liegt das Rubel's Kern begraben! Die Unternehmer, die sich bis dahin mit einer Befahrung wohl oder übel abfinden mußten, brauchen heute eine Befahrung nicht zu fürchten, denn dieselbe ist von ihrer Genehmigung abhängig. Man gestattet allerdings sehr gnädig den Betriebsräten die Befahrung, wenn größere Unglücksfälle vorkommen. Nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, wird derselbe erst immer untersucht, ob er zugehüllt werden kann. Das ist nach Auffassung aller Vernünftigen den Menschen ein Verstoß gegen das Gruben-sicherheitswesen. Als das Feinigungsmitglied feinergetzt im Parlament zur Sprache kam, waren es die Vertreter der Unternehmer, die die Frage aufgestellt haben, wo denn eigentlich die Betriebsräte gewesen seien, wenn sie die Schlampe, an der das Unglück entstand, nicht gesehen hätten. Darauf können wir heute erwidern, daß die Betriebsräte derartige, das Leben der Arbeiter gefährdende Mißstände auf Anordnung der Grubenverwaltungen nicht sehen dürfen.

Daß der Fall Preußengrube durchaus nicht vereinzelt dasteht, kann aus Nachstehendem ersehen werden: Auf der Fiedersgrubengrube (Preußengrube) entstand ein schwerer Unfall. Der Betriebsratsvorsitzende, der durch das Betriebsratsgesetz verpflichtet ist, Ermittlungen über die näheren Umstände zu dem Unglücksfall anzustellen, fuhr ein. An Ort und Stelle richtete er an den zuständigen Abteilungsleiter, Herrn Z a j a c h o f, einige Fragen. Der Steiger gab ihm zur Antwort, daß er sich keine Sorgen in den ... machen soll, denn das, was in der Grube passiert, gehe ihn nichts an. Jeder objektiv denkende Mensch ersieht in dieser Handlungsweise des Beamten ein Vergehen gegen das Betriebsratsgesetz infolgedessen, als dadurch der Betriebsrat in der Ausübung seiner Pflicht behindert wurde. Der Erste Staatsanwalt vom Landgericht Beuthen urteilt aber anders. Auf die Anzeige, die der Betriebsrat wegen diesem Vorkommnis bei ihm gegen den Beamten erstattete, antwortete er:

„Auf Ihre Anzeige vom 5. Februar 1925 gegen den Steiger Theob. Z a j a c h o f wegen Vergehens gegen das Betriebsratsgesetz vom 4. 2. 1920. Ich habe das Verfahren eingeleitet. Nach dem Ergebnis der von mir eingeleiteten Ermittlungen kann keine Rede davon sein, daß Sie durch das an sich gewiß nicht zu billigen Verhalten des Beschuldigten in der Ausübung Ihrer Pflichten als Obmann des Betriebsrats beschränkt oder benachteiligt worden sind. Die von dem Beschuldigten nicht bestrittene Meufierung enthält den Tatbestand einer Beleidigung, deren Strafverfolgung im Wege der Privatklage geltend zu machen Ihnen überlassen bleibt.“

Das ist natürlich eine sehr merkwürdige Auslegung des Betriebsratsgesetzes. Es wäre doch interessant zu erfahren, wie sich der Herr Staatsanwalt zu der Sache gestellt hätte, wenn an Stelle des Obmanns der Steiger stände und ein Arbeiter ihn in ähnlicher Weise bei der Untersuchung eines Unfalles begegnet wäre?

Wenn aber von den Hütern des Rechts derartige Denkwürdigkeiten konstruiert werden, dann ist es auch kein Wunder, daß auf verschiedenen Grubenanlagen die Arbeiter von ihren Vorgesetzten wie Schulknaben behandelt werden, ja, zum Teil Dinge geschehen, die ein gesunder Menschenverstand einfach für unmöglich hält. Auf der Grube Dehringen in Sosnitska bestraft der dort amtierende Grubenassessor die Arbeiter wider Recht und Gewissen mit Geldstrafen, die jeder Beschuldigung spotten. Auf derselben Grube erlaubt sich ein F a h r s t e i g e r namens R z y m a n n, seine Untergebenen ohne jeden Grund als Schweine, Lumpen, Banditen und Verbrecher zu titulieren. Arbeiter, die sich über dieses Benehmen des Beamten beim Betriebsrat beschwerten, wurde das Arbeitsverhältnis gekündigt. Einzelne wurden sogar kurzzeitig fristlos entlassen. Ein anderer Arbeiter derselben Schachtanlage wurde gezwungen, gegen die Bergpolizeivorschriften zu handeln. Ein Bauer wurde von dem vorgelegten Steiger gezwungen, inmitten eines im Betrieb befindlichen Bremsberges, in dem die Förderwagen auf und nieder gingen, eine neue Stredde anzufahren. Solche Arbeiten werden für gewöhnlich während des Schichtwechsels oder während der Reparatur-schicht ausgeführt.

Auf der Ludwigsgrubengrube A.-G. (Weißig) wurde ein Bauer von seinem zuständigen Steiger trotz gesteigerter Leistung als Faulenzer bezeichnet, wie ein Schulknabe an der Schulter gefaßt und gerüttelt, obendrein durch gemeine Ausbrüche gereizt. Auf derselben Grube wurde ein Arbeiter deshalb fristlos entlassen, weil er der Verwaltung eine Meldung erstattete, derzufolge Aufsichtsbearbeiter in einer Kammer hinter verschlossener Tür Karten spielen, anstatt ihren Dienst in der Grube zu versehen. Ein anderer Arbeiter derselben Grube wurde von der Verwaltung einer Grubenbrandstiftung bezichtigt und mit 5 M. Geldstrafe belegt. Die Verwaltung war bei der daraus entstandenen Gerichtsverhandlung nicht in der Lage, auch nur den Schimmer eines Beweises zu erbringen. Sie wurde natürlich verurteilt, diese Strafe zurückzugeben.

Die unzähligen Klagen, die in den letzten drei Jahren vor den ober-schlesischen Berggewerbegerichten angestrengt wurden, stellen ein bedauerliches Zeugnis für das unmensliche Verhalten einzelner Verwaltungen ihren Arbeitern gegenüber dar. Die Willkür kennt fast keine Grenzen. So werden auf verschiedenen Gruben den Arbeitern die Bedinge nicht vor Ort, wie das üblich ist, sondern ganz einseitig vom Bureau aus diktiert, als ob die Streden und Pfeiler im Bureau getrieben und abgebaut würden. Wagt einer von den betreffenden Arbeitern eine Einwendung, dann wird er ohne Erbarmen rücksichtslos auf die Straße geworfen. Durch derartige Methoden wird das vom Staatssekretär G e i b zum Ausdruck gebrachte Einvernehmen zwischen Arbeitern und den maßgebenden Grubenfaktoren nie hergestellt. Die Arbeiter aber sollen und müssen wissen, daß schöne Reden sie nicht aus der bedrückten Lage befreien werden, sondern daß nur der feste Zusammenhalt aller Bergarbeiter im Verband der Bergarbeiter Deutschlands ihnen wirklichen Schutz und menschenwürdige Lebensverhältnisse schaffen kann.

**Verbandsnachrichten.**

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 17. Woche (vom 19. bis 25. April) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

**Bücherrevision.**  
Schönebeck. Bibliothekar ist Emil O t t w a l d, Gartenkamp 1. -- Bücher sind nach wie vor unter Vorzeigung des Verbandsbuches bei ihm in Empfang zu nehmen.

**Krankengeldebauzahlung.**  
Langendreer II. Die Krankengeldebauzahlung findet jeden ersten Sonntag im Monat, beim Kassierer L e v r i n g h a u s, Luisenstr. 3, statt.  
Ostfries II. Unter Vorzeigung des Krankengeldes und des Mitgliedsbuches beim Kassierer S p i t a l e r, Glinaustraße 22.  
Sandberg. Jeden zweiten Sonntag im Monat in der Mitglieder-versammlung bei K ü m e l und jeden vierten Sonntag im Monat in der Wohnung des Kassierers L a m p e r t, Siedlung 60, von 9-11 Uhr.

**Kranzpendenmarkt.**  
Bottrop I. Vom 1. bis 15. Mai.  
Bocholt. Laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 8. Febr. müssen drei weitere Kranzpendenmärkte geklebt werden.

**Abtreibenveränderungen.**  
Schönebeck. Vom 1. bis 17. Mai. Die Mitglieder werden gebeten, ihre Bücher bereit zu halten und die rückständigen Beiträge zu bezahlen.  
Zwidau. Der Vertrauensmann Walter B a u e r wohnt jetzt Johannisstraße 11, zwei Treppen.

# Der Jungtamerad

## Die Heerschau der Arbeit.

In den Mai hinein, in die strahlende Sonne werden sich am Montag die Banner der Arbeit entfalten. „Arbeit und Friede“ wird auf ihnen in leuchtenden Buchstaben stehen. Friede für eine Welt, die Militarismus und Rationalismus, Hunger und Krieg hart an den Rand des Abgrundes und des Verderbens gebracht haben, Arbeit für alle, die da mitbauen wollen an der hoffnungstrübenden Welt des Sozialismus, an einer besseren Ordnung der Wirtschaft, auf daß die Menschheit sich verbollkommene und vorwärtschreite. Arbeit und Friede ist die Lösung der Millionen, die am 1. Mai unter den Bannern der Arbeit marschieren: Lösung und Ideal! Und der Glaube an dieses Maidale, viel bekräftigt, oft erschüttert, aber immer lebendig und welkenstark, hat das Arbeiterheer zu dem gemacht, was es heute ist: dem Schöpfer, der im Kampf mit den Kräften des Kapitalismus sich seine Welt, die bessere Welt forml!

Maienglaube und Maienhoffen — das ist dort, in den Parlamenten und dem Dunkel der Kabinette und Regierungen, im Spiel verschlagener Diplomatengehirne Großkampf der Männer unserer Sache gegen neue Kriegsabenteuer eines Imperialismus des sich mehr und mehr konsolidierenden internationalen Kapitalismus, und hier, in Schacht und Hütte, in Agitation und Organisation, täglicher Kleinkrieg, erbitterter Schützengrabenkampf des Gewerkschaftsführers und Gewerkschaftsfunktionärs um Lohn und Arbeitszeit, um Warenpreis und soziale Sicherungen. Wehe, wenn wir in diesem Kampf geschlagen werden: wir haben eine Welt zu verlieren und es gibt keinen brutaleren Sieger als den modernen Kapitalismus. Deshalb heißt es, unseren Maienglauben, unseren Idealismus und unser Ideal möglichst tief in viele Herzen zu pflanzen. Der 1. Mai muß ein Tag der Sammlung sein, an dem wir neue Kämpfer gewinnen und neue Krieger schulen. Jede Minute muß diesem Ziele geweiht sein. Keine Mühe, kein Hindernis darf uns verdrücken. Wir wissen ja, für wen wir uns opfern: für uns, für die alte Maiordnung des Achtstundentages und der sozialen Gerechtigkeit. Aber dann für jene, die nach uns kommen, für die Hunderttausende, die Mühsamswahnwitz als neue Blutopfer auf die Schlachtfelder schicken will, für die kommenden Generationen, für Kind und Kindeskind, denen wir eine bessere Weltordnung schaffen wollen. Das ist eben das überwältigend Große, die heilige Tradition in der Arbeiterbewegung: Die Verwirklichung des Sozialismus als Werk im zweiten und dritten Glied. In diesem Glauben aber ist das Proletariat unüberwindlich!

Maienglaube und Maienhoffnung — das tut uns not! Krieg und Inflationen haben das Riesengeheer der Arbeit dezimiert, seine Organisationen geschwächt und auch zerlegt. Proletariat hob gegen Proletariat das Gewehr und die Bruderhand fand lange nicht die Hand des Bruders jenseits der Grenzen in einem politisch unmöglich und wirtschaftlich unjüngig niedergebaltene Europa. Die Inflation raute schlimmer als Pest und Pestilenz durch die Länder und der triumphierende Kapitalismus schmiedete neue Fesseln, streckte die Hand nach dem Achtstundentag aus. Vielen von uns wollte der Mut entwinden und Tausende verzagten, indifferent geworden und aller Hoffnung bar. Und nun geht der Ruf durch alle Länder der Welt: entrollt am 1. Mai die alten Banner, die Fahnen der Arbeit, die Zeichen des Friedens, und Millionen, die keine Grenzen kennen, die im Haß und Lieben gleich sind, rüsten zum Tag der Arbeit, im Geiste der Solidarität und der Völkerverbrüderung, der Demokratie und des Sozialismus, der Freiheit und des Rechts! Diesen Fahnen folgt am 1. Mai!

## Der 1. Mai.

In den hohen Pappeln ist der Frühling. Rote, purpurrote Kästchen trug er in die schlanken Zweige. Da rauschte die wundervolle, süße Melodie des Frühlings durch das Land, die Melodie des großen, mächtigen Lebens.

Leben quillt aus der Erde, warmes, frisches Leben. Der 1. Mai schmückt alles mit zartem Grün und süßen, bleichen Knospen. Verschwindet ist Dunkel und Kälte: in hellem Glanze schimmern die weißen Blüten von den Bäumen, wie ein Lächeln der Freude liegt der Frühlingsglanz auf der Erde. Es ist das hohe, tiefe Lächeln des gültigen Lebens, des vielgeschnittenen, unbeständlichen, das da sagt: „Ihr selbst sollt euch schmücken, ihr selbst seid schuldig!“

Drei ist das Leben und schenkt Freiheit jedem, der Freiheit will. Groß ist das Leben, es zerbricht alles, was es hemmt. Reich ist das Leben und hat Reichtum für alle. Kampf ist des Lebens Element und aus seinem Schoße fiel der Mensch ein echtes Recht: zu kämpfen für seine Freiheit!

Schwören wir es heute zusammen, am 1. Mai, dem Tage des Frühlings, der Freiheit. Unsere Stirnen, unser Alles der großen sozialistischen Bewegung, die aufbrast wie ein Wetterhauch gegen Finsternis und Menschenerniedrigung, ein Schwur für alle, die Unrecht leiden jahrhundertlang. Versetzen wir uns recht, die große Melodie des Lebens: „Kampf der Reaktion, Kampf für die heilige Sache des Sozialismus!“  
Anna Zuffen.

## Die Arbeit für unsere Verbandsjugend.

Switten des großen Währungs zusammenbruchs im Jahre 1923 ebte auch unsere junge Verbandsjugendarbeit ab, um schließlich nach der Inflationszeit zu einer eigenen Frage zu werden. Gleich uns haben viele Verbände diese schwere Zeit durchmachen müssen, ohne für ihre jugendlichen Mitglieder etwas Besonderes tun zu können. Aber die meisten der anderen Verbände waren sehr bald in der Lage, ihren früheren Aufbau in der Jugendorganisation herbeizuführen und mit neuem Schwung die Organisation und Fortbildung der jugendlichen weiter zu betreiben. Wir dürfen nicht verkennen, daß für unseren Verband die Verhältnisse bedeutend schwieriger liegen. Der deutsche Bergbau ist von großen Krisen heimgesucht worden und heute noch stehen wir vor ernstlichen wirtschaftlichen Fragen, die unsere Aufmerksamkeit voll und ganz in Anspruch nehmen. Gegenüber den letzten Jahren finden

wir die Belegschaftsstärke der einzelnen Reviere erheblich dezimiert und im Zusammenhang damit auch die Ziffern der beschäftigten jugendlichen herabgesetzt. Diese und noch andere Umstände wirken naturgemäß auf den Stand der Organisation ein. So beeinflussen die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten deren innere Gestaltung ganz entscheidend.

Wenn wir anerkennen, daß es ungünstige Verhältnisse sind, die das Vorwärtstreben unserer Jugendarbeit erschweren, so bleibt dennoch zu erörtern übrig, ob auf die Dauer die jetzige Form der Jugendarbeit haltbar ist, ob sie als ausreichend bezeichnet werden kann. Wir haben heute hauptsächlich die Jugendbelage der „Bergarbeiter-Zeitung“ als Bindeglied. Ohne Zweifel stellt sie ein echtes Bindeglied dar, dazu bestimmt, Einordnung und Aufklärung unter den jugendlichen Kameraden zu schaffen. Stets wird eine Zeitung die allgemeine Plattform bieten, von der man ausgehen kann. Praktisch liegen die Dinge so, daß es darauf ankommt, die Jugendarbeit zu behandeln entweder lediglich vom Gesichtspunkt der Agitation und Organisation, oder ob beachtlich ist, von vornherein eine besonders erzieherische Note der Jugendarbeit zu geben. Ich neige zu der letzteren Anschauung, denn Jugendarbeit kann nicht nur auf das Nächstliegende eingestellt sein, auf das Formale, sie muß eher gezwungen sein, sich mit dem jugendlichen als Ganzheit, mit seiner Person zu beschäftigen, als sonst gewissermaßen mit einem Teil seiner Person, nämlich dem sozialen Mitglied der Gesellschaft. Gerade der Jugendarbeit wird man dieses Prinzip weihen müssen, weil es um so eher die Eigenart des jugendlichen bestärkt und fördern hilft. Damit will ich sagen, daß nicht der Berg zum Propheten, sondern der Prophet zum Berge kommen muß. Sagen wir, dieses sei der erste Grundsatz.

## Gelöbnis der Jugend.

Von Franz Rothensfelder.

Wir geloben, wir bekennen,  
Frei mit freiem Volk zu schreiten,  
Die um Recht der Armen streiten,  
Dürfen Erde Heimat nennen.  
Wir geloben und wir schwören  
Allen Menschen, allen Völkern:  
Erde, die aus Grab entstanden,  
Du sollst Schwur der Jugend hören.  
Blicke Freude ohne Ende,  
Schenke Früchte, binde Garben,  
Fahnen, rauscht in Purpurfarben  
Jugendweih, Erdenwende.

Wir bekennen, wir geloben,  
Treu zu treuem Volk zu stehen.  
Augen wollen Sonne sehen,  
Hände sind zum Licht erhoben.  
Flute, Licht, in freien Sinnen,  
Ströme Mut und rausche Hoffen.  
Kerker fiel und Tor ist offen,  
Freie Erde flammt beginnen.  
Volk sei frei und Volk befreie,  
Führe Welt auf goldnen Bahnen.  
Segnet, heilige Völkerfahnen,  
Dieser Erde Jugendweih!

Und die jugendlichen? Sind sie an dem, was wir als Gewerkschaftsleben kennen, etwa nicht interessiert? Es hieße ein gutes Stück Wirklichkeit verkennen, wollte man der Jugend ohne weiteres Interesselosigkeit vorwerfen. Zwar lebt die Jugend zum größten Teile ein Eigenleben, sie bewußt oder unbewußt, aber sie lebt auch ein soziales Leben. Auch wenn sie die Größe dieses sozialen Lebens nicht voll erfährt, so ahnt, ja erlebt sie doch dessen schicksalhaftigkeit. Hier liegt der Kern für die Jugendarbeit. Was dem jugendlichen durch große Taten und Programme nicht verständlich wird, das leuchtet ihm ein durch die Tragik des sozialen Lebens, das heute so vor uns scheint und morgen vielleicht schon anders, das uns heute durch große Katastrophen erschüttern läßt und uns morgen zum Nachdenken und Handeln treibt. Von hier aus bringt der jugendliche in die Probleme des sozialen Lebens, als Proletariat lernt er die Arbeiterbewegung und ihre Ziele kennen und schließlich auch verstehen. Dergestalt sollte die Pädagogik für die Gewerkschaftsjugend sein. Es kommt nicht allein auf das agitatorische Wort an, es vielmehr auf die Erziehung im sozial wirkenden Sinne.

Es bleibt noch die Frage offen, was der Verband für die Jugend tun kann. Ein harter Verband kann schon etwas verlangen, ein schwacher muß zufrieden sein, daß er nicht ganz umgerissen wird. Der Verband kann und wird sich ohne weiteres den Jugendforderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und den einschlägigen Beschlüssen der Organisation der deutschen Jugendverbände anschließen. Er wird nach den Resolutionen seines ersten Jugendkongresses an den besonderen Forderungen zum Schutze für Leben und Gesundheit der jugendlichen Bergarbeiter festhalten. Er vermag aber wenig zu ändern, wenn die jugendlichen nicht selbst als vernehmliche Anklage auftreten und ihre Bedürfnisse fordern. In den Nachkriegsjahren sah es so aus, als ob der jugendliche Proletariat von der Besetzung und den Unternehmern etwas gewichtiger befunden wurde wie heute. Hoffnungsvolle Ansätze waren vorhanden. Heute verjagt die Reaktion alles zu zerfallen. Schwer kämpft die Arbeiterklasse um ihre Rechte, die sie bei der Staatsumwälzung verhältnismäßig leicht bekommen hat und die von einem Teil der Arbeiter nicht genug geschätzt werden konnten. So schwer wird auch die Jugend um ihr Recht kämpfen müssen, denn den Unternehmern ist schon der soziale Inhalt des Arbeitsvertrags und dessen Ausgestaltung zu viel, geschweige denn erst eine besondere Behandlung des jugendlichen Arbeitsverhältnisses. Aber die Zeit und der Zeitgeist arbeiten für uns. Mag heute die Bergbauindustrie von allen Gewerbe-zweigen die rückständigsten Arbeitsbedingungen aufweisen, die Unter-nnehmer werden unlernen müssen nicht nur in bezug auf Technik, sondern auch hinsichtlich der Bewertung und Verwertung der menschlichen Arbeitskraft. Dafür muß unsere Jugend streben, dafür muß sie kämpfen. P. H.

## Der Krieg von morgen.

Ich bin 17 Jahre. Bald 18. Was macht das? Genügt es nicht zu wissen, daß ich jung bin, daß die Gäfte in mir schäumen. Und daß das Eisen mir schwer fällt. In der Schule, zu Hause, am Tisch. Mein Bein! Ja, das sind seltsame Dinge und sie scheinen einen Willen zu haben. Ich bin nicht mehr ihr Herr. Sie tragen mich fort auf die Straße. Aber auch die Arme spannen sich fest. Wer doch je ein Mann sein möchte, ein Krieger! Das Schwert in die Faust. Ein Stoß unter den Beinen und dann hinaus.

Doch die Beinen sind seltsam. Es gibt keinen Krieg, es kämpft keine Schlacht.

Warum, warum? Weil wir unterlegen sind im letzten Krieg. Das ist lange her. Und immer noch stehen die Gegner im Land.

Zum Teufel auch, was schämt denn das Blut in mir, ist das nicht Kraft, die heraus will? Heraus! Und wer kann meinem Widerstreben! Man schämt sich ja fast vor den Frauen. O hinaus die Schlacht, hinaus in den Kampf!

Nun bin ich ausgezogen. Im Lande hielt es mich nicht mehr. Man warb mich an um guten Sold, aber wollte ich Geld, wollte ich Lohn, anderen Lohn, als kämpfen zu dürfen! Meinen Mann stehen in herrlicher Schlacht! Doch ist das eine Schlacht? Ist das ein Krieg? Wo lasse ich nur meine Beine? Und die Kraft meiner Arme, der ganzen schäumende Saft in mir? Wohl! Wohl!

Gastrieg nennen sie das. Eine Maske vor dem Gesicht und Gummihandschuhe über den ganzen Körper. Und still liegen. Sich nicht rühren dürfen. Sauerstoff sparen, das ist unser Krieg: Sauerstoff sparen. Ja, was ist denn, meine Brust, ich ersticke ja! Ruhig liegen den ganzen Tag. Die Nacht. Zehn Tage. Vierzehn Tage. Nicht schlafen dürfen. Nicht schlafen dürfen. Nur warten. W-a-r-t-e-n. Worauf denn?

Auf die Gaswelle. Auf den unsichtbaren Feind. Was geschieht denn dort mit den Bäumen? Wo blieb ihr Grün? Was fallen die Vögel zur Erde? Die Tiere. Ich sehe doch nichts. Da ein Flugzeug. Es platzt eine Bombe.

Fort, fort aus dem Loch. Ran an den Feind. Ruhig, ruhig. Sparsam sein mit dem Sauerstoff. Acht geben! Ga-as!

Ja, ist das denn Krieg? Ist das denn Kampf? Was ist das denn?

Das ist doch das Frennhaus.

Der Krieg von morgen!

Zum Teufel, nein! Ich kämpfe am Kohlberg, da braucht man doch Arme!

Ich schaffe und wenn ich zerbreche.

Aber verrückt machen lasse ich mich nicht.

Die Erde erobert die Arbeit.

Die Erde erobert das Leben.

Und nicht der Tod.

Und nicht der Tod.

Und das ist mein Weg: der letzte Mann an den Schraubstock. Der letzte Mann in die Grube, Kohlen zu hauen, warm zu machen die Herzen der Menschen. Maschinen und Schiffe zu bauen, die die Länder und Meere zerhauen, das keine Grenzen mehr sind.

Das letzte Hirn angepannt, dem einsamsten, ärmsten Menschen zu sagen, daß das Leben ihn sucht, daß er erwartet wird von der Menschheit, die sich sehnt, zu hören aus seinem Mund das herrliche Wort: Bruder!

Die sich sehnt nach Beweisen der herrlichsten Macht: Leben!

Erich Grijar.

## Lassalle.

(Zu seinem 100. Geburtstag.)

Vom hohen Berg der Wissenschaft, vor dessen Sonnenhaupt die Nebel fliehen, da sah dein Seheraug' das Morgenrot des neuen Tages purpurwallend glühen. Lichtdiademe sprüht sein erster Strahl auf deine goldne Wehr — erdbüßter lag das Tal. Trug uns so hoch des Geistes Schwingen nicht, blüht tiefer drum ins Tal das Firnenlicht. Wir brauchen heut nicht von des Wissens Höhen mit Heroldsbliden in die Ferne spähen: Das Frührot deckt die halbe Himmelsseite. Flugs, Westa! Einen Arm voll dürrer Scheite in diese Glut noch — und der Sonnenball tanzt leuchtend durch das dunkle Weltentafel.  
Hermann Thurow.

## Unsterbliche Lassalleworte.

Man kann ein Feuer entzünden, aber es ist niemand gegeben, zu sagen, wie weit es brennen soll.

Seit wann sind denn Vaterlandsliebe und weltbürgerliches Streben Gegenteile? Für gewisse Zeitungsschreiber — mag sein. Aber soll wann auch für Philosophen?

Das Rechtsbewußtsein eines Volkes ist die alleinige Rechtsgrundlage der einzige Boden, in dem alles Recht überhaupt existiert und Wirklichkeit hat.

Ohne Leidenschaft wird in der Geschichte kein Stein vom anderen gerückt. Ohne Leidenschaft ist keine einzige jener gewaltigen Befreiungen ausgeführt worden, deren Aufeinanderfolge die Weltgeschichte bildet.

Kleinstatelei und Kleingeisterei — beides hängt innerlich auf engste zusammen.

Die hohe weltgeschichtliche Ehre der Bestimmung der Arbeiterklasse muß alle ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinns der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut werden soll.

Die Bestie im Menschen, der Zynismus, wird überall da ihr Haupt erheben, wo die natürlichen und berechtigten Forderungen mit Gewalt unterdrückt werden.

Lohn- u. Arbeitsbedingungen der Fördermaschinen in verschiedenen Ländern.

Großbritannien (Kohlengruben).

Schichtlöhne der Fördermaschinen in den Hauptzweigen:

Table with columns: District, Standortlohn p. Schicht, Proz. Zuschlag im Dez. 1924. Rows include Northumberland, Durham, Cumberland, etc.

Der prozentuale Zuschlag zum Standardlohn wird im Verhältnis zum Zuschlag der übrigen Industrien jeden Monat neu festgestellt.

Die tarifliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden pro Tag oder 46 1/2 Stunden pro Woche.

In Frankreich besteht kein Unterschied zwischen den Löhnen der Fördermaschinen und den Löhnen der übrigen volljährigen Arbeiter.

Polen (Kohlengruben). Tariflöhne: Fördermaschinen 4,20 bis 4,40, andere Maschinen 3,20-3,81.

Zu den Tariflöhnen treten folgende Zuschläge über Tariflohn: Ledige Arbeiter 5, verheiratete Arbeiter ohne oder mit einem Kind 10.

Je nach Familienangehörigen gibt es 0,8-6 Lo. Deputatlohlen pro Jahr.

Die Schichtzeit dauert 8 Stunden pro Tag.

In der Tschechoslowakei ist die Anstellung zum Fördermaschinen abhängig von einer bestandenen Prüfung und der Befähigung durch die Bergbehörde.

Table showing wages for Fördermaschinen, Turbinenmaschinen, and Andere Maschinen in 1923 and 1924.

In Deputatlohlen werden pro Mann und Monat 300 Kilo verabsolgt. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden pro Tag oder 48 Stunden pro Woche.

Auch in Belgien haben die Fördermaschinen denselben Lohn wie die Kohlhauer.

Table showing average wages (Durchschnittslöhne) in 1913 and 1923 for various worker categories.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden einschließlich Seilfahrt. Für Ueberarbeit werden laut Vereinbarung vom 14. Juni 1921 für die ersten beiden Stunden an Wochentagen 25 Prozent, für die folgenden Stunden 50 Prozent Zuschlag gezahlt.

Deputatlohlen werden an folgende Personen abgegeben: a) Familienmitglieder, b) Unfall- und Altersinvaliden, c) Krankfeiernde für die ersten drei Monate ihrer Krankheitszeit.

Vereinigte Staaten von Nordamerika: Die folgenden Angaben beziehen sich auf Durchschnittsarbeitszeit und Durchschnittslöhne der im Kohlenbergbau beschäftigten Maschinenisten im Winter 1921 bis 1922.

Table showing average wages (Durchschnitt der Weichkohlengruben) in hours and dollars for various states like Pennsylvania, Alabama, Illinois, etc.

Das tiefste Goldbergwerk ist in Kalifornien mit einer Tiefe von 4200 Fuß, während die Kohlengruben im Staate Michigan eine Tiefe von 5300 Fuß erreichen.

Deutschland: Die Fördermaschinen des Ruhrgebiets stehen im Angebotsverhältnis und beziehen ein monatliches Gehalt von 148,50 bis 209 M.

Solz und Kohlen für den eigenen Bedarf werden frei geliefert oder es wird stattdessen eine Entschädigung in Höhe von 8,50 bis 10,50 M. gezahlt.

Die Maschinenisten Deutsch-Oberschlesiens werden nach Stundenlöhnen bezahlt, und zwar erhalten Fördermaschinenisten 67 bis 72 Pf.

In Sachsen bekommen die Fördermaschinenisten 4,51 M., sonstige Maschinenisten 4,20 M. Schichtlohn und ebenfalls Frauen- und Kindergeld im Betrage von 10 Pf. pro Schicht.

Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen!

Das ist der Fall bei Dr. Oetker's neuer Auswahl-Packung, die in hübscher Ausstattung zugleich ein passendes Geschenk für jeden Haushalt ist.

Advertisement for Gustin, a food product. Includes text: 'Was ist Gustin?', 'Dr. Oetker's Gustin ist ein sehr feiner Stärkepudder...', 'unentbehrlich für jede Küche.' and 'Dr. A. Oetker, Bielefeld.'

Advertisement for Edamer Art-Käse, listing various types and prices.

Advertisement for Bandwürmer, describing symptoms and treatment.

Advertisement for Karmelitergeist Amol, a liqueur. Includes text: 'Karmelitergeist Amol', 'Haus- und Einreibemittel', 'In Apotheken und Drogerien erhältlich.'

Advertisement for Rosen, a perfume brand. Includes text: 'Rosen', 'niedr. bereitet, pfanzfertig geschnitten', 'per Dhd. Mf. 7,00'.

Advertisement for Eiderfettkäse, Schweineköpfe, and other products. Includes text: 'Eiderfettkäse', 'Schweineköpfe', 'Georg Kohrs'.

Advertisement for 'Jeder kann froh wieder aufatmen', a medicine for respiratory ailments. Includes text: 'Jeder kann froh wieder aufatmen', 'und wird befreit von: Husten, Katarrh, Asthma, Lungentiden.'

Advertisement for Bienenhonig, a honey product. Includes text: 'Bienenhonig', 'Blütenreinen', '10 Pfund-Eimer Mark 12,00'.

Advertisement for Schweineklein, a meat product. Includes text: 'Schweineklein', 'Feinstes', 'W. Peter Pape, Hamburg 4, B.-Z.'

Advertisement for Hängengelken, a food product. Includes text: 'Hängengelken', 'Schwangeren', '3 Rotbarsch-Geweibe'.

Advertisement for Viktor Kalinowski's poetry collection. Includes text: 'Viktor Kalinowski: Meine Seele singt!', 'Gesammelte Gedichte', 'Preis für Verbandsmitglieder 75 Pfennig'.

Advertisement for Otto Hue, a seed and fertilizer company. Includes text: 'Otto Hue, sein Leben und Wirken', 'Preis 50 Pf.', 'Hansmann & Co., Bochum'.

Advertisement for Thüringer Hausmittel, a collection of home remedies. Includes text: 'Thüringer Hausmittel', 'Hienfong-Essenz 30 Flaschen Mark 8,10', 'Karmelitergeist 24', 'Alpenkräutertee 30 Pakete'.

Advertisement for Ferd. Liebmanns Nachf., a food and beverage company. Includes text: 'Ferd. Liebmanns Nachf.', 'Niedr. Rosen', 'Gebr. Kühnen'.

Advertisement for Billige böhmische Bettfedern, a bedding company. Includes text: 'Billige böhmische Bettfedern', '1 Kilo graue gefüllte', 'Benedikt Samjel, Lobes 209'.

Advertisement for 20% Algäuer-Käse-Versand, a cheese company. Includes text: '20% Algäuer-Käse-Versand', 'Empfehle meine betriebe in Qualität', 'Ludwig Kalth'.

Advertisement for Invaliden, a health product. Includes text: 'Invaliden', 'und agitatorisch befähigte Kameraden können ihr Einkommen erhöhen', 'Mitarbeiter'.

Advertisement for Sabrikpreise - Sordsystem, a health product. Includes text: 'Sabrikpreise - Sordsystem', 'Ein 120 cm langer blau-blauer Mantel', 'Lungen- u. Asthmakranken'.

Large advertisement for Kathreiners Malzkaffee, featuring a large graphic and text: 'KATHREINERS MALZKAFFEE', 'mit etwas Bohnenkaffee selbst gemischt - ist besser als jede fertige Mischung! - 1 Pfund nur 50 Pfg. -'.

